

Schweizerzeit

Bürgerlich-konservatives Magazin für Unabhängigkeit, Föderalismus und Freiheit

«**Ja** zur Schweiz»

Heute mit 48 Seiten

Mehr Unternehmer in der Politik!

2

Die hippen Grünliberalen

18

Das Defensionale von Wil

33

Neubau Spitallamm-Staumauer für den Grimselsee
Bild: Werner Gartenmann, Matten bei Interlaken BE



Miliz- statt Berufspolitiker nach Bern

Mehr Unternehmerinnen und Unternehmer in der Politik!

von Esther Friedli, Ständerätin Kanton St. Gallen, Gastronomin

Das nationale Parlament verkommt immer mehr zu einem Berufsparlament. Diese Entwicklung müssen wir dringend stoppen. Um für unser Land zukunftsfähige, bürgernahe Lösungen zu erarbeiten und entscheiden, braucht es Parlamentarierinnen und Parlamentarier, die auch in der Berufswelt stehen.

Die Miliz ist eine der tragenden Säulen des Schweizer Staatswesens. Es bedeutet, dass sich die Bürgerinnen und Bürger engagieren, Ämter übernehmen und sich für das Gemeinwohl einsetzen. Und dies neben ihrem ordentlichen Beruf. Mit diesem Milizengagement wird die Nähe zwischen Politik und Bürgern gestärkt. Es bildet sich nicht ein Staat von oben, sondern der Staat sind wir alle. Und es verhindert, dass sich Verwaltung und Bürokratie ausbreiten können. Dieser Schweizer Eigenart müssen wir Sorge tragen.

Auf nationaler Ebene stelle ich fest, dass sich unser Parlament von einem Miliz- zu einem Berufsparlament wandelt. Immer mehr Mitglieder des National- und Ständerates sind «Profipolitiker», die daneben höchstens noch ein paar Verbands- und

Verwaltungsratsmandate haben. Diese Entwicklung macht mir grosse Sorgen, weil das direkte Auswirkungen auch auf die Entscheide und unsere Gesetzgebung hat. Immer mehr Entscheide sind realitätsfern, die Bürokratie greift um sich.

Neben meinem Amt als Ständerätin führe ich zusammen mit meinem Partner den familieneigenen Gastronomiebetrieb «Haus der Freiheit». Ich habe das Glück, dass ich dank Toni und engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Politik machen kann. Ja, als Unternehmerin in der Politik muss man sich gut organisieren, es braucht ein Umfeld, das einen trägt. Aber es lohnt sich – vor allem auch, weil die wichtigen Entscheide für das Gewerbe, für die Wirtschaft, aber auch für uns alle – in Bundesbern getroffen werden.

am 22. Oktober
unsere Ständerätin

BISHER

ESTHER FRIEDLI
BODENSTÄNDIG & BÜRGERNAH

SCHWEIZER QUALITÄT
SVP
Die Partei des Mittelstandes

esther-friedli.ch

Mitte-Links produziert realitätsfremde Gesetze

Spreche ich mit Unternehmerinnen und Unternehmern, klagen diese meistens über dauernd neue Regulierungen, Vorschriften und Auflagen. Und diese werden immer weltfremder, aufwändiger in der Umsetzung. Ich war kürzlich an einer Veranstaltung eines nationalen Verbandes, bei dem Unternehmer das neue Datenschutzgesetz, welches seit dem 1. September 2023 gültig ist, kritisiert haben. Dieses wurde geändert, weil man EU-Normen übernehmen wollte.

Die Unternehmer haben gefragt, was sich das Parlament da eigentlich gedacht habe. Die Unternehmen dürfen kaum noch Daten erfassen und müssen sich neu überall absichern, sonst drohen ihnen Bussen. Die anwesenden Parlamentarier von Mitte-Links haben etwas betroffen auf den Boden geschaut. So habe man das ja nicht gewollt. Und wenigstens habe man keinen «Swiss-Finish» gemacht. Das zeugt von einer Politik im Elfenbeinturm, einer Politik weit weg von den Menschen und den Unternehmen. Wir von der SVP haben diese Gesetzesrevision immer abgelehnt und haben darauf hingewiesen, was das für neue Bürokratie verursachen werde. Aber wir waren die Einzigen. Die Realität gibt uns wieder mal recht.

Immer mehr Vorstösse, um Aufmerksamkeit zu erzielen

Dieses Beispiel zeigt exemplarisch, wie weltfremd in Bundesbern politisiert wird und wie unbedacht Gesetze produziert werden. Forderungen aus Brüssel

werden oft ungefragt übernommen und umgesetzt. Und es wird nicht zu Ende gedacht, was es dann konkret bedeutet.

Enorme Kosten für heisse Luft

Profipolitikerinnen und -politiker haben aber auch den ganzen Tag Zeit zum Überlegen, was sie noch regulieren, wo sie noch einen Vorstoss einreichen könnten. Das führt zu einer Vorstossflut, deren Bearbeitung Geld und Zeit kostet. Wurden im Nationalrat im Jahr 2002 noch 1'191 Vorstösse eingereicht, waren es 2015 schon 1'468 – und im Jahr 2021 sogar 1'897 Vorstösse. Die Bearbeitung eines Vorstosses kostet im Durchschnitt 6'120 Franken. So wurden allein im Jahr 2021 gegen zwölf Millionen Franken ausgegeben und viel heisse Luft produziert.

Sinnvolle politische Vorstösse sind natürlich wichtig und richtig. Aber es werden immer mehr Vorstösse eingereicht, bei denen von Anfang an klar ist, dass sie nur der «Aufmerksamkeitshascherei» dienen.

Mehr Weitsicht und Ernsthaftigkeit

Milizparlamentarierinnen und -parlamentarier, die täglich einem Beruf nachgehen, konzentrieren sich in ihrer Arbeit auf die wichtigen Themen. Denn sie

Churz & Bündig

Die Gender-Ideologen und -Idioten präsentieren uns immer neue, hochinteressante, oft allerdings Zweifel am Verstand der Präsentatoren auslösende Sprachverdrehungen: Die «Bürgerinnen» und «Bürger» sollen, weil damit ein Geschlechtsbezug sichtbar wird, aus dem Wortschatz radikal ausgerottet werden. Wie soll diese Kategorie von Menschen fortan also heissen? Etwa «Bürgende»? Oder «Bürgernde»? Wer findet zurück zu Worten, die noch verstandskompatibel sind?

us

wissen, dass man nur dort ansetzen muss, wo es auch etwas bringt. Und sie stehen so im Leben, dass sie die Politik mit Weitsicht und Ernsthaftigkeit prägen.

In wenigen Wochen wählen wir das nationale Parlament neu. Damit werden die politischen Weichen für die nächsten vier Jahre gestellt. Dies ist von grösster Wichtigkeit. Denn vor uns liegen ganz grosse politische Baustellen – die unkontrollierte Zuwanderung, die steigenden Gesundheitskosten, die fehlende Energieversorgung, der Einsatz für Unabhängigkeit und Neutralität.

Fortsetzung auf Seite 5

Verhöhnung unserer
Landeshymne. Rot-Grün
freut's.

cartoonexpress.ch
Martin und Jürg Guhl





Das Büro Ha deckt auf!

EU-Turbos abwählen. Die Europäische Zentralbank (EZB), deren Chefin Christine Lagarde auch WEF-Stiftungsrätin ist (welch ein Zufall), will die Existenz von Bargeld nur so lange gewährleisten, als eine Nachfrage besteht. Senkt man diese künstlich, kann man dem «lästigen Bargeld» zugunsten des überwachungsfähigen Digitalgeldes den Garaus machen. Tatsächlich kann die EU-Kommission weitere Stellschrauben bedienen, wie aus EU-Originaldokumenten hervorgeht. So kann der Gebrauch von Bargeld verweigert werden, wenn «eine Partei ein anderes Zahlungsmittel vereinbart hat oder eine Ausnahme gilt». Dabei kann die EU-Kommission jederzeit neue Ausnahmen beschliessen, bei denen das Bargeld nicht mehr benützbar ist. Im Raum stehen auch persönliche Obergrenzen für das Digitalgeld («so viel darfst du besitzen und ausgeben») sowie ein Ablaufdatum, vor dem das Geld ausgegeben werden muss. Die wahre Finsternis! Wählen Sie die EU-Turbos ab!

*

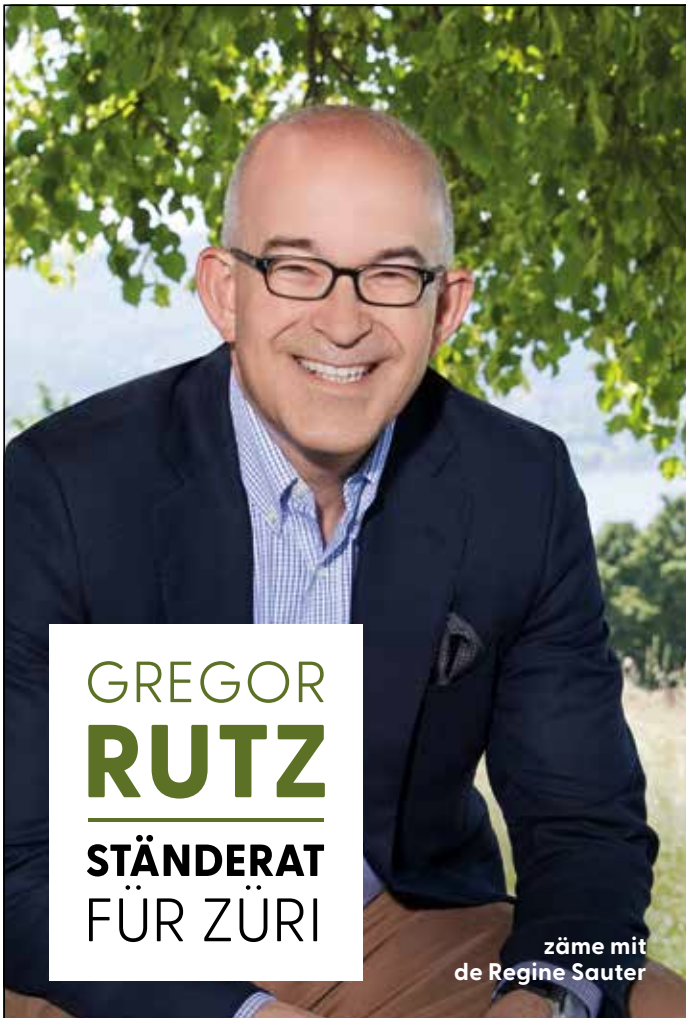
SEPOL. Es gibt eine neue Abkürzung. Sie lautet SEPOL: Staatssekretariat für Sicherheitspolitik. Der neue Chef ist Jean Daniel Ruch. Per Zufall ein Jurassier. Er war bis anhin Diplomat. Über Militärerfahrung ist nichts auffindbar. Er war Carla del Pontes

Handlanger und dann Botschafter. «Er ist ein profund Kenner der Sicherheitspolitik», heisst es im offiziellen Pressebulletin. In anderen Verteidigungsministerien sind erfahrene Generäle auf solchen Posten. Auch ein Nato- und EU-Freund ist er. Wissen und Erfahrung aus dem Fachgebiet sind nicht gefragt, einfach Durchschnitt genügt «da oben». Die im Bulletin aufgeführte Begründung zur Schaffung des SEPOL lässt nur Kopfschütteln zu: «Auslöser für die Schaffung des Staatssekretariates war der Ukraine-Krieg». Wieder eine Lüge. Die «Anbindung an die Nato» ist der Grund. Wenn unsere Vorfahren 1939 eine derart lange bzw. feuchte Zündschnur gehabt hätten...

*

Die Total-Verhinderer. Das EU-Parlament – die Total-Verhinderer – diskutiert neue Vorschriften, die Millionen Autofahrer betreffen würden. Ein Gesetzentwurf sieht erhebliche Einschränkungen für Fahranfänger und Senioren vor. Der Gesetzesentwurf würde für die ganze EU gelten, und bestimmt machen die Gehorsamen zu Bern befehlsgetreu mit. Es handelt sich um eine Revision der alten Führerschein-Richtlinie 2006/126/EC. Nach der neuen Fassung würden neu eingeführt: Gültigkeits-Begrenzungen für Senioren, Tempo 90 für Fahranfänger, Gesamt-Gewichtsgrenze bei Führerscheinen.

Tis Hagmann



GREGOR
RUTZ
STÄNDERAT
FÜR ZÜRICH

zäme mit
de Regine Sauter

«Mit Gregor Rutz habe ich lange in Bern politisiert. Er kennt die Dossiers, tritt überzeugend auf und leistet seriöse Arbeit. Ich wähle ihn als Ständerat – geben auch Sie ihm Ihre Stimme – für einen starken Standort Zürich!»

Natalie Rickli
Regierungsrätin

22. Okt.:
Gönd go
wähle!

Komitee «Gregor Rutz – Ständerat für Züri» –

Postfach 470 – 8702 Zollikon – rutz-fuer-zueri.ch

Co-Präsidium: Matthias Baumberger, alt Gemeinderat Mitte – Linda Camenisch, Kantonsrätin FDP – Rita Fuhrer, alt Regierungsrätin SVP – Dr. Andreas Honegger, alt Kantonsrat FDP – Filippo Leutenegger, Stadtrat FDP – Ueli Maurer, alt Bundesrat – Natalie Rickli, Regierungsrätin SVP – Marianne Zambotti-Hauser, Präsidentin Gewerbeverband Bezirk Meilen



Churz & Bündig

In der Stadt Zürich stehen die Wörter «Mutter» und «Vater» auf der Verbotsliste. Man dürfe nur noch neutral von «Elternteilen» sprechen. Das unsinnige Gender-Gebot zieht jetzt Kreise: Ab sofort darf man Jacqueline Fehr nicht mehr als Regierungsrätin ansprechen, sondern nur noch als «Regierungsteil». Und den Stadträtinnen muss man zwingend «Stadtratsteile» sagen. Wobei das Zwischenwort «-rats-» nie ausgespart werden darf. Damit niemand Stadtratsteile mit Stadtteilen verwechselt.

us

Fortsetzung von Seite 3

Mehr Leute aus der Arbeitswelt

Ich wünsche mir daher, dass bei diesen Wahlen wieder mehr Unternehmerinnen und Unternehmer gewählt werden. Es braucht in der Politik Leute, die wissen, dass Geld erst ausgegeben werden kann, wenn man es verdient hat. Leute, die wissen, wieviel es braucht, damit Ende Monat alle Löhne und Rechnungen bezahlt werden können. Das schärft den sorgsam Umgang mit Steuergeldern. Und wir brauchen in der Politik Leute, die den Unternehmen wieder die Freiheit zurückgeben, ihr Geschäftsmodell so zu entwickeln, wie sie wollen. Wir müssen Rahmenbedingungen schaffen, damit das Gewerbe sich entwickeln kann, damit Innovationen entstehen können. Der Staat muss nicht alles regeln.

Politik und Unternehmertum unter einen Hut zu bringen, das ist schwierig. Ich erlebe das jeden Tag. Es ist ein Jonglieren zwischen zwei Welten. Man braucht ein Team, das einen unterstützt und Verständnis hat. Dennoch möchte ich diese beiden Welten – Politik und Beruf – nicht missen. Denn ich kann in Bundesbern direkt Erfahrungen aus der Arbeitswelt einbringen.

Darum wünsche ich mir, dass ich ab Dezember 2023 auf mehr Mitstreiterinnen und Mitstreiter zählen kann – aus dem Gewerbe, aus der Industrie, aus der Landwirtschaft. Ich freue mich darauf.

Esther Friedli

Ihr Inserat in der Schweizerzeit:



Nehmen Sie mit mir Kontakt auf.
Jederzeit und unkompliziert.

Markus Rezzonico

Inserate-Akquise
SVP-Delegierter
Pro Schweiz-Mitglied
Pro Libertate-Mitglied
PIKOM-Mitglied

Mobile: 079 332 61 61
markus.rezzonico@dietschi.ch

Europa dankt ab



Kräftig, tagein tagaus demonstrativ Fröhlichkeit verbreitend, singt sie – unsere fürs Asyl-(Un)Wesen verantwortliche Ministerin – mit im vielköpfigen Chor der Brüsseler Totalversager angesichts der Überflutung Europas durch zumeist illegal das Abendland heimsuchende Eindringlinge.

Es sei eben, sagt die stets lachende Frau Baume-Schneider, ungeheuer schwierig, einen als Asylbetrüger Überführten wieder aus der Schweiz wegzubringen. Und selbst verurteilte ausländische Schwermörder könnten kaum aus unserem Land verwiesen werden. Die Justiz erfinde – von der Justizministerin fröhlich strahlend hingenommen – stets neue Bestimmungen, die selbst überführte Straftäter zu «Härtefällen» ernennen, deren Ausweisung «unzumutbar» sei.

Wie wurden seinerzeit doch von Brüssel Abermillionen verpulvert, als der Bevölkerung glanzvoll vorge spiegelt wurde, mit den Schengen- und Dublin-Verträgen habe Brüssel die illegale Einwanderung nach Europa ein- für allemal unterbunden. Nur allzu bald musste man indessen feststellen: Ausser millionenschwerer Selbstbeweihräucherung tat Brüssels Funktionärsbürokratie rein gar nichts für den Schutz Europas und seiner Völker. Nur Ungarn erfüllt Brüssels Schengen- und Dublin-Vorgaben längst eigenständig und rigoros. Und wird dafür von Brüssel laufend geschmäht, kritisiert, verflucht, mit Finanz-Entzug bedroht.

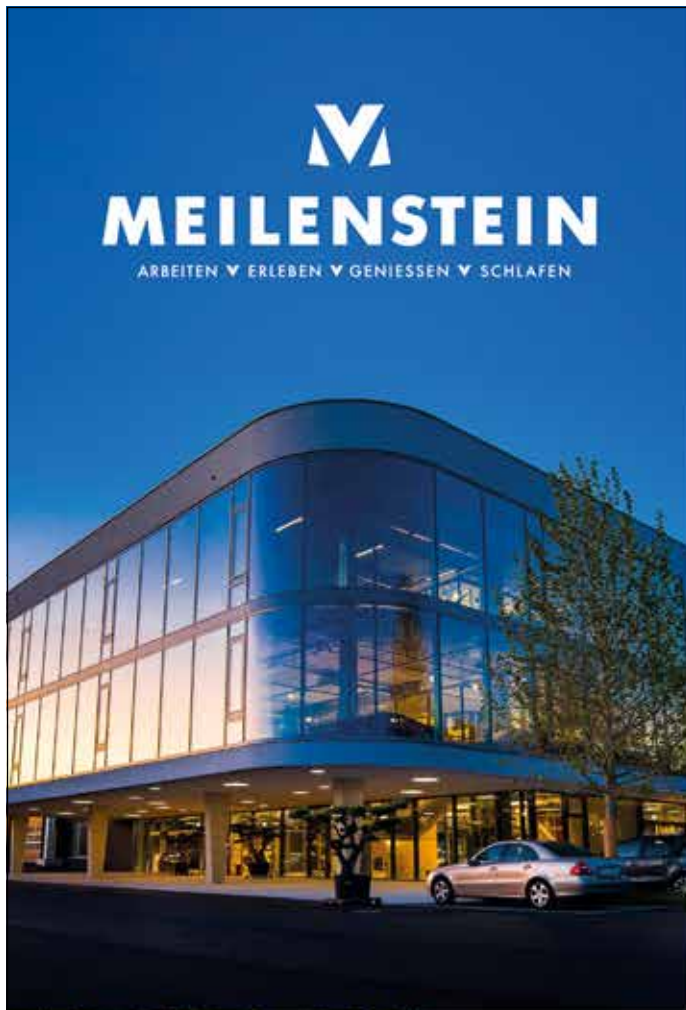
Spalte
rechts

Was seine Sicherheit betrifft, hat Europa unter Brüssels Funktionärsherrschaft längst abgedankt – so kläglich wie allumfassend. Aber Frau Baume-Schneider fällt nichts Gescheiteres ein, als die Schweiz – klar verfassungswidrig – vollumfänglich in Brüssels Fahrwasser zu manövrieren.

Wenn dann aber eine muslimische Diktatur einen Ausmerz-Feldzug gegen Christen entfesselt, schaut Europa weg. Verbissen bekämpft man die Schutzmacht der Armenier – Russland – als dass man auch nur einen Finger für die ihre Heimat verlierenden armenischen Christen rühren würde.

Europa, von Brüssels Bürokratie-Fuchtel unterjocht, dankt ab. Nur eigenständiger, starker Grenzschutz und strikte Neutralitätspolitik kann die Schweiz davor retten, nicht auch ins Untergangsfahrwasser gerissen zu werden. Aber die Stimmbürger müssen's richten. Das auf Brüssel-Anpassung erpichte Bundesbern ist dazu nicht fähig.

Ulrich Schliuer



MEILENSTEIN

ARBEITEN ▼ ERLEBEN ▼ GENIESSEN ▼ SCHLAFEN

➤ EIN EINZIGARTIGES ZENTRALES ERLEBNISHOTEL

Das 4-Sterne-Hotel Meilenstein mit 85 exklusiven Doppelzimmern bietet eine inspirierende Szenerie für geschäftliche oder private Aufenthalte im Herzen der Schweiz.

- Diverse Restaurants lassen kulinarisch keine Wünsche offen
- Faszinierende Unterwasserwelt im Aquarium Langenthal
- Exklusives Fahrzeug- und F1-Museum mit Fahrzeugen aus aller Welt
- Bowling- und Billard-Freizeitspass für Private, Firmen und Vereine
- Eigenes Wellness- und Sportcenter für aktive Freizeitgestaltung



Lotzwilstrasse 66 | 4900 Langenthal | Tel 062 919 18 18
info@dermeilenstein.ch | www.dermeilenstein.ch



DIE GRÖSSTE INDOOR FAMILIEN- UND ERLEBNISWELT DER SCHWEIZ



WWW.KIDDYDOME.CH

KIDDY DOME SWISS AG | HAUPTSTR. 52 | CH - 4938 ROHRBACH | INFO@KIDDYDOME.CH | TEL. 062 919 60 00



Christoph Blocher in Weinfelden zu 175 Jahre Bundesverfassung

Die Schweiz als Auftrag

von Hermann Lei, Kantonsrat, Frauenfeld

Dies ist eine freie Zusammenfassung der Jubiläumsrede von Christoph Blocher zum 175. Jahrestag der Schweizerischen Bundesverfassung. Mit besonderem Bezug zu meinen Heimatkanton Thurgau.



Nach dem Sturz von Napoleon war die Schweiz mit dem Bundesvertrag von 1815 ein lockerer Staatenbund der 22 unabhängigen Kantone. Der aus Weinfelden stammende Pfarrer Thomas Bornhauser löste aber bereits 1830 eine liberale Volksbewegung aus. Bornhauser forderte die Öffentlichkeit der Staatsgeschäfte, Gewaltentrennung, direkte Wahlen und die Handels- und Gewerbefreiheit. Am 22. Oktober und am 18. November 1830 fanden grosse Volksversammlungen in Weinfelden statt – noch bevor sich auch in Zürich und Bern die Freiheitsbewegung durchsetzte.

Sonderbundskrieg

Liberaler Kantone drängten auf einen Staat mit grösserer Bundeskompetenz. Die katholisch-konservativen Kantone der Zentralschweiz sowie Freiburg und das Wallis verweigerten sich indes dem Bundesstaat. Es kam zu gewaltsamen revolutionären Auseinandersetzungen, zum Sonderbundskrieg. Zwei Tagen nach dessen Ende traf sich erstmals die wichtigste Kommission, die jemals in der Schweiz zusammengetreten ist. In 51 Tagen schuf diese Kommission eine Schweizerische Bundesverfassung, die in ihren Grundzügen noch immer besteht. Federführend war die liberal-radikale Grossfamilie, aus der dann später auch die SVP hervorging.

Grösste politische Leistung der neueren Schweizergeschichte

Bei der neuen Bundesverfassung war der Thurgauer Jurist Johann Konrad Kern einer der bedeutendsten Baumeister. Bei den siebenwöchigen Beratungen war er Koordinator der täglichen Arbeit, verantwortlich für

die Textgestaltung und immer wieder um Ausgleich der Gegensätze bemüht. Es handelt sich bei der Bundesverfassung von 1848 zweifellos um die grösste politische Leistung der neueren Schweizergeschichte. Und Kern war ihr Gestalter. Kern wurde später Nationalratspräsident, Thurgauer Regierungspräsident, Präsident des Grossen Rates und Bundesgerichtspräsident.

Bekräftigung des alten Bundes von 1291

Die Verfassung von 1848 war ein einzigartiger Akt der Unabhängigkeit. Sie war die Bekräftigung des alten Bundes von 1291. Die Schweiz hatte genug von den ewigen Einmischungen des Auslandes in ihre inneren Angelegenheiten. In der neuen Bundesverfassung wurde die Rechtsgleichheit aller Bürger garantiert, wurden Wirtschaftsraum, Masse, Gewichte und Postwesen vereinheitlicht. Die Landesverteidigung sollte ein «Bundesheer» mit Milizcharakter gewährleisten. So entstand am 12. September 1848 die einzige stabile Demokratie auf dem europäischen Festland. Niemand hätte der damals als unzureichend beurteilten Bundesverfassung ein 175-jähriges Überdauern vorausgesagt.

Fünf wichtige Jahreszahlen

Es gibt fünf wichtige Jahreszahlen für unser Land: Zuerst das Jahr 1291, die Gründung der Eidgenossenschaft. Dann das Jahr 1848 als Gründungsjahr des Bundesstaates. Drittens 1874, als insbesondere die direkte Demokratie eingeführt wurde. Dann 1992, als in der Schweiz das Volk und die Stände die Kraft hatten, Nein zu sagen zum EWR/EU-Beitritt. Und schliesslich müssen wir uns das fünfte Datum als Meilenstein merken: Am 26. Mai 2021 hatte der Bundesrat die Kraft und den Mut, zu einem ähnlichen Kolonialvertrag Nein zu sagen. Nämlich zur institutionellen Anbindung an die EU.

Hermann Lei

Mit genügend Energie in die Zukunft

...für Eu
...mit Eu
...von Euw

Paul

In den Nationalrat

Liste 1 SVP

In dem Ständerat Gregor Rutz

Hält, was er verspricht.

Martin Hübscher
In den Nationalrat

2x auf Ihre Liste

Liste 1 SVP

SCHWEIZER QUALITÄT
Die Partei des Wohlstandes

Leserbriefe

Das soll noch einer verstehen

Die «Klimastrategen» agieren immer absurder. So will die Schweizerische Post «klimaneutral» werden, indem sie für siebzig Millionen Franken einen Wald in Deutschland kauft, um CO₂ zu kompensieren. Wie kann mit einem bestehenden Wald im Ausland irgendwie kompensiert werden? Immer mehr Schweizer Firmen verbrennen Millionen in fragwürdige Kompensationsprojekte im Ausland. Das CO₂-Kompensationsgeschäft füllt die Kassen von wenigen Profiteuren, und die Gelder verschwinden spurlos. Statt des effektiven Nutzens steht das sogenannte «Greenwashing» im Vordergrund. Dies ist umso frustrierender für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Post, als ihr staatlicher Arbeitgeber gleichzeitig ein 42-Millionen-Sparprogramm ankündigt und bis zu 300 Stellen in Gefahr sind. Ich hoffe sehr, dass die SVP bei den bevorstehenden Wahlen zulegt. Die immer absurderen Forderungen und die Umerziehung der Bürger durch MittelLinks schaden unserem Land und insbesondere dem Mittelstand.

Beni Riedi, alt Kantonsrat, Unterägeri ZG

Bundesverfassung: Bekräftigung des alten Bundes von 1291

Wer ein Land und seine Bürger verstehen will, muss seine Mythen kennen; sie geben Antwort auf die Frage: Wer sind wir, und wer wollen wir sein? Wer sich auf Mythen beruft, mobilisiert die Gemüter, entfesselt Kräfte. Der Nationalrat will nun auch den 12. September, die Geburtsstunde der Bundesverfassung von 1848, zum Feiertag erheben. Weil falsche Motive dahinterstecken, ist die Idee abzulehnen. Denn mit der Hervorhebung von 1848 soll ein anderes Jahr aus der Erinnerung fallen – nämlich 1291, das Jahr des Bundesbriefes und der Gründung der Eidgenossenschaft. Die Verächter des Jahres 1291 vergessen: Das Jahr 1848 war kein geschichtsloser Neuanfang. Die neue Bundesverfassung bedeutete vielmehr eine Bekräftigung des alten Bundes von 1291. Darum heisst es darin wie im alten Bundesbrief: «Im Namen Gottes, des Allmächtigen». Die Nationalratsmehrheit will diese Werte

streichen, um unsere Neutralität preiszugeben und der EU und der Nato beitreten zu können. Genau das muss verhindert werden.

Alex Schneider, Küttigen AG

Freiheit, Sicherheit und Selbstbestimmung

Damit unseren Nachkommen die Schweiz mit ihrer direkten Demokratie und ihren einmaligen Werten erhalten bleibt, legen wir die SVP-Liste unverändert in die Urne. Und wir wählen Esther Friedli wieder in den Ständerat. Damit unterstützen wir Politikerinnen und Politiker, die sich für Freiheit, Sicherheit und Selbstbestimmung einsetzen. Nur so können wir verhindern, dass spätere Generationen in einer 10–15 Millionen-Schweiz, von fremden Richtern entmündigt und unter einem zunehmenden Existenzkampf leben müssen.

Robert und Rösli Frey, Ebnat-Kappel SG

Zu viel ist zu viel

Aus Erbarmen wegen dem harten Militär- und Nationaldienst dürfen viele junge Eritreer hier wohnen und unsere Leistungen in Anspruch nehmen. Und nun auch noch die Massenschlägereien in Opfikon und anderswo. Derweil kämpfen viele Schweizer mit erhöhten Mieten, hohen Krankenkassenprämien und teuren Stromrechnungen. Zu viel ist zu viel! Diese jungen Männer gehören zurück in ihr Heimatland. Ich zähle auf die SVP und wähle sie auch. Ich möchte aber ihren Plan für gezielte Ausschaffung sehen.

Dorit Züst, Horgen ZH

Volksnahe Leute wählen

Über 80 Prozent der Schweizer Bevölkerung schätzen gemäss «gfs Befragungsdienst», dass sie dank der direkten Demokratie mit Volksinitiativen und Referenden bei wesentlichen Fragen das letzte Wort haben. Im Klartext: Die Bürger wollen kein institutionelles Abkommen mit der EU.

Eine Unterwerfung unter fremde Richter sowie eine Beschneidung unserer Volksrechte kommt nicht in Frage. Anders sieht es bei manchen sogenannten «Volksvertretern» aus, welche Eigeninteressen verfolgen, nach Brüssel drängen und bei jeder Gelegenheit

Stephanie Gartenmann
in den Nationalrat!



**jung
bürgerlich
verwurzelt**




Liste 2



Junge SVP

2x auf jede Liste am 22. Oktober 2023
www.stephanie-gartenmann.ch

Kein Weg ist zu weit von Sabina Geissbühler

Einladung zur Lesung aus der Biographie von Sabina Geissbühler-Strupler, Herrenschwanden

29. September 2023, 19h
«Halebeizli», Halensiedlung/Herrenschwanden

30. September 2023, 10.30h
Schlössli, Thunstrasse. 23, Rubigen

Alle Interessierten sind herzlich willkommen.

Bestellung per Mail: mbg1948@bluewin.ch
Einzahlung: Per QR-Code, CHF 40.– pro Buch (inkl. Versandkosten)




Ausländerkriminalität: Warum steigt sie ständig?



In Arnegg, nahe St. Gallen, schnappt eine Streife der Kantonspolizei den afghanischen Asylanten Musa M., 25, in flagranti beim Ausräumen eines Autos. Polizei und Staatsanwalt kennen den notorischen Wiederholungstäter, denn Musa – afghanisch: «Der vom Wasser Gerettete» – ist ein mit allen Wassern, auch den schmutzigsten, gewaschener Gewohnheitstäter, spezialisiert auf Diebstahl. Droht ihm nun Gefängnis? Nein, der Afghane ist in seiner Position unantastbar für unsere Gesetzgebung und ihr Sanktionssystem.

- Zuchthaus schreckt ihn nicht, empfindet er doch unseren Humanstrafvollzug mit Kost und Logis, TV in der Zelle und Gymnastikräumen eher als Wohltat.
- Geldbussen sind zwecklos: Er hat nur jenes Geld, das er via Schweizer Asylsystem bekommt.
- Kürzung seiner finanziellen Asylzuschüsse: Nutzlos, er bekommt sein «kriminelles Grundeinkommen» dann einfach über gesteigerte Diebstähle.

Die einzige Massnahme, die dem Afghanen Respekt einflösse, wäre die Ausschaffung, weil er weiss, wie die herrschenden Taliban Diebstahl sanktionieren.

Wie (un-)real aber eine Ausschaffung wirklich ist, zeigt das Kurzinterview mit Marc Fahrni, Migrationsamt und Justizdepartement St. Gallen:

Reporter: «Wird das Asylgesuch dieses Kriminellen bearbeitet?»

Migrationsamt: «Für das Asylgesuch ist der Bund (SEM) zuständig. Der Kanton hat darauf keinen Einfluss.»

Musa M. darf also «offiziell genehmigt» weiter stehlen?
Dies kann das Migrationsamt nicht beantworten.

Sein Asylgesuch wird nicht storniert?

Es wird nur abgeschrieben, wenn er nicht mehr am Verfahren teilnimmt.

Wie lautet das Gesetz, das den Kriminellen im Land belässt?

Es ist das Schweizer Asylgesetz. (Ende Interview)

*

Gesetzesauszug: «Für die rechtliche Anerkennung eines Flüchtlings gelten gemäss Genfer Flüchtlingskonvention die Asylvoraussetzungen, die alle erfüllt sein müssen.»

Rhetorische Frage: Fortgesetzter schwerer Diebstahl zählt auch dazu?

Charly Pichler

pichler@thurweb.ch

ein Stück Eigenständigkeit der Schweiz verscherbeln wollen. Dazu passt die kürzliche Qualifikation der Schweizer durch den Präsidenten von «Lucerne Dialogue». Er ortet bei uns «Naivität und Arroganz», weil wir glaubten, wir könnten unseren Wohlstand im Alleingang und ohne EU sichern. Für unseren Wohlstand müssen wir jedoch selbst besorgt sein. Und ganz sicher dürfen wir nicht Leuten nachlaufen, die ihr Heil in Brüssel suchen – in einer Union, die hoffnungslos verschuldet ist und deren Euro-Währung ständig an Wert verliert. Weil wir Leute brauchen, die im Parlament die Anliegen und Bedürfnisse des Schweizer Volkes vertreten, wählen wir am 22. Oktober SVP!

Karl Tobler, Zofingen AG

Für Züri in Nationalrat!

Wasser bringt Bärns Mühle in Schwung!

Urs Waser www.urs-waser.ch

Liste 1 **SVP** Die Partei des Mittelstandes

Sichere Zukunft in Freiheit!

2x auf Ihre Liste

Mauro Tuena bisher
wieder in den Nationalrat
www.mauro-tuena.ch

In den Ständerat: **Gregor Rutz**
Zusammen mit Rogine Sauter

Liste 1 **SVP** Die Partei des Mittelstandes

Zürcher Volksinitiative



**Stopp Prämien-
Schock:**

Für eine automatische
Entlastung bei den
Krankenkassenprämien

**Wer tiefere Krankenkassenprämien will, wählt im Kanton Zürich
Paul Mayer und Stefan Schmid in den Nationalrat!**



Wichtig:
Paul Mayer und
Stefan Schmid
müssen je
2x auf Ihrer Liste
für den Nationalrat
stehen!



Stefan
Schmid

Paul
Mayer

In den Nationalrat

Sie spüren es sicher auch: **die Krankenkassenprämien steigen und steigen.** Deshalb haben Paul Mayer und Stefan Schmid zusammen mit einem überparteilichen Komitee die **Volksinitiative «Stopp Prämien-Schock»** ins Leben gerufen. Der Lösungsansatz ist einfach und wirkungsvoll: **Steigen die Krankenkassenprämien, steigt im gleichen Umfang auch der Steuerabzug.**

Unterschriftenbogen bestellen: Mittelstand-entlasten.ch



In den Ständerat:
Gregor Rutz
zusammen mit Regine Sauter

Liste 1



Nein zum untauglichen Gegenvorschlag

Chaoten endlich zur Kasse bitten

von Hans-Peter Amrein, alt Kantonsrat, Küssnacht ZH



2024 wird das Zürcher Stimmvolk gleichzeitig über die kantonale Initiative zur Durchsetzung von Recht und Ordnung («Anti-Chaoten Initiative») der Jungen SVP sowie über einen Gegenvorschlag des Kantonsrates abstimmen. Das Volk hat die Wahl.



Was unterscheidet die Initiative vom Gegenvorschlag? Beide haben die Form einer allgemeinen Anregung, d.h. falls angenommen, müssen entsprechende Regelungen ausgearbeitet und ins kantonale Recht aufgenommen werden.

Die Initiative verlangt, dass in allen Gemeinden des Kantons Zürich Demonstrationen, Kundgebungen oder anderweitige Veranstaltungen, die zu gesteigertem Gemeingebrauch des öffentlichen Grunds führen, bewilligungspflichtig sind. Sie fordert, dass bei illegalen Demonstrationen, Kundgebungen oder anderweitigen Veranstaltungen die Kosten für Polizeieinsätze, Sachbeschädigungen und andere Schäden auf die Veranstalter und Teilnehmer aufgeteilt werden. Ebenso sollen Personen oder Organisationen, welche bewilligte Demonstrationen, Kundgebungen oder anderweitige Veranstaltungen stören und damit Sachbeschädigungen, Gewaltanwendungen oder andere rechtswidrige Handlungen befördern, für die daraus entstehenden Kosten sowie die Kosten des dafür notwendigen Polizeieinsatzes haften. Auch die Kosten für die Räumung von besetzten Liegenschaften sollen von den an der Besetzung beteiligten Personen und Organisationen getragen werden.

Der Gegenvorschlag verlangt, dass im Kanton Zürich Regelungen zu erlassen sind, die unter Berücksichtigung des übergeordneten Rechts eine zwingende Verrechnung von Kosten für ausserordentliche Polizeieinsätze an vorsätzlich handelnde Verursacher vorsehen. Darüber hinaus soll für Demonstrationen, Kundgebungen oder anderweitige Veranstaltungen eine Bewilligungspflicht durch das zuständige Gemeinwesen statuiert werden. Der legalistische Gegenvorschlag, welcher unweigerlich zu langwierigen gerichtlichen Auseinandersetzungen führen würde, lehnt sich an einen Gegenvorschlag des Regierungsrates an, welcher mit Annahme des kantonsrätlichen Gegenvorschlages hinfällig wurde. Der Gegenvorschlag geht nicht auf die Kostentragungspflicht für Sachbeschädigungen oder andere Schäden ein; diese sollen auf dem Zivilweg eingefordert werden müssen. Er verlangt aber auch, wie die Initiative, eine Bewilligungspflicht durch das zuständige Gemeinwesen.

Der Regierungsrat lehnt die Volksinitiative ab, weil eine umfassende Bewilligungspflicht für Demonstrationen zu stark in die Gemeindeautonomie eingreife, eine

Argumentation, welche auch von der Ratslinken vertreten wird. Zitat dazu von Sandro Strässle, Präsident Junge SVP Kt. ZH: «Kommt die Stadtpolizei, wird keine Rechnung gestellt, kommt die Kantonspolizei hingegen schon».

Nur eine Kantonsrats-Minderheit aus SVP und FDP hat die Initiative unterstützt. Der Gegenvorschlag wurde von einer Mehrheit aus SVP, FDP, GLP, CVP und EVP mit 115:55 Stimmen, bei einer Enthaltung, angenommen. Und ein Sprecher der FDP liess (wie kann es anders sein?) verlauten, die Delegiertenversammlung der FDP habe das letzte Wort, welche der beiden Vorlagen oder ob beide in der Volkabstimmung unterstützt würden. Gemäss Sandro Strässle soll die Initiative nicht zurückgezogen und so dem untauglichen, legalistischen Gegenvorschlag gegenübergestellt werden. Es ist zu hoffen, dass das Stimmvolk dem Taschenspielertrick der Ratsmitte nicht aufsitzt und den griffigen Initiativtext dem Gegenvorschlag vorzieht.

Hans-Peter Amrein

PAMAG
Metallbau

- Geländer
- Konsolen
- Pergolen
- Treppen
- Türen
- Vordächer
- Verglasungen

PAMAG Metallbau AG • Fohlochstrasse 7b • 8460 Marthalen
Tel. 052 305 43 30 • info@pamag-metallbau.ch • www.pamag-metallbau.ch

Wir bauen für Ihre Sicherheit!



In Marthalen realisieren wir schnell und kompetent alles rund ums Haus wie Geländer, Fluchttreppen, Türen- und Fensterelemente, Pergolen, Rankengerüste, Vordächer, Balkonverglasungen und andere Metallbauarbeiten. Unsere Produkte sind unterhaltsarm und zeichnen sich durch ihre lange Lebensdauer aus.

Unsere qualifizierten Mitarbeiter beraten Sie gerne ausführlich in unserem Betrieb oder auf Wunsch auch vor Ort. In unseren technischen Zeichnungsbüros planen wir für Sie Ihr Bauvorhaben. Hierfür verwenden wir moderne 3D-CAD-Anlagen. Für eine massgeschneiderte und fachgerechte Konstruktion, Fertigung und Montage sorgen unsere spezialisierten Mitarbeiter.

Paul Mayer
PAMAG Metallbau AG

Am 22. Oktober

Die Schweiz stärken

von Alfred Heer, Nationalrat, Zürich

Europa befindet sich in einer grossen Krise: Krieg in der Ukraine, Mangel an Energie und explodierende Energiepreise, Flüchtlingswellen aus dem Nahen Osten und Afrika in rekordhoher Zahl.

Die Europäische Union ist unfähig, die Krisen zu lösen. Im Gegenteil; die EU steckt selber in einer tiefen Krise, sie ist führungslos und uneinig, um geeignete Massnahmen gegen die Krisenherde zu treffen. Deutschland hat sich in der Energiepolitik vollends verspekuliert und muss eine Deindustrialisierung von gigantischem Ausmass befürchten. Frankreich verliert seinen Einfluss in Westafrika zugunsten der Russischen Föderation, was automatisch mehr Flüchtlingsströme nach Europa bedeutet. Die EU-Aussengrenzen werden nicht geschützt, und Italien kann die Grenzen nicht allein sichern. Die EU ist gigantisch verschuldet und kämpft mit einer starken Inflation.

Konsequenzen für die Schweiz

Die Schweiz befindet sich im Herzen von Europa, und wir sind unmittelbar betroffen, wenn die EU ihre Probleme nicht mehr meistern kann. Als Nicht-Mitglied müssen wir jedoch unseren Spielraum nutzen,

um Freiheit, Unabhängigkeit und den Wohlstand zu wahren.

Wir müssen den Bundesrat zwingen, eine Änderung der Politik gegenüber der EU einzuleiten. Heute kuscht der Bundesrat vor Brüssel und vollzieht willfährig ihre Beschlüsse. Statt die Grenzen wieder selber zu schützen, singt man das hohe Lied vom Dubliner Abkommen, welches schon lange nur noch toter Buchstabe ist. Wir werden dieses Jahr rund 70'000 Ukrainer als Flüchtlinge bei uns haben plus gegen 50'000 Asylsuchende. Die Gemeinden sind am Anschlag, die Kosten gehen gegen fünf Milliarden.

Was ist zu tun?

Die Schweiz muss eine eigenständige Politik betreiben. Die Grenzen sind zu schützen, die illegale Einwanderung ist zu unterbinden. Der Schutzstatus S für Ukrainer ist aufzuheben. Wer von den Ukrainern arbeitsfähig

**Für eine sichere,
freie und unab-
hängige Schweiz!**

**2 x
auf Ihre
Liste**



**In den Ständerat:
Gregor Rutz**
zusammen mit Regine Sauter

Liste 1 
SVP
Die Partei des Mittelstandes

Wieder in den Nationalrat
Alfred Heer
erfahren – kompetent – hartnäckig

ist und nicht arbeitet, muss zurück in die Ukraine. Die von Bundesrätin Baume-Schneider verfügte B-Bewilligung für afghanische Frauen ist zu widerrufen. Die Energie ist auszubauen, die Kernkraftwerke sind weiter zu betreiben, die Landwirtschaftspolitik hat sich auf die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln zu fokussieren, und die Armee und der Grenzschutz sind aufzurüsten.

Die Welt besteht nicht nur aus Europa. Die Schweiz muss ein neutrales Land bleiben und mit allen Ländern freundschaftliche Beziehungen unterhalten. Die direkte Demokratie als Grundpfeiler unserer Freiheit muss jeden Tag aufs Neue verteidigt werden. Dem Bundesrat muss die Kompetenz entzogen werden, ausländische Sanktionen eigenständig zu vollziehen.

Deshalb braucht es am 22. Oktober eine starke SVP im Nationalrat. Aus Erfahrung weiss ich, dass die FDP und die Mitte ihre Politik nach den Wahlen jeweils auf den Wahlsieger ausrichten. Wenn die SVP die Wahlen gewinnt, werden wir im Nationalrat wieder eine Mehrheit für eine unabhängige und neutrale Schweiz haben.

Ich bitte deshalb alle, SVP zu wählen und in ihrem Umfeld Stimmen zu mobilisieren. Es geht um unsere Freiheit und Unabhängigkeit.

Alfred Heer

Churz & Bündig

Im Jahr 2012 hat die Schweizerzeit auf der Grundlage offizieller statistischer Daten eine Vollkostenrechnung für die über die Schweiz hereingebrochene Asylkatastrophe erstellt. Die Rechnung lautete damals auf die stolze Summe von 7,132 Milliarden Franken. Das Bundesamt für Migration, dutzendfach auf die Haltbarkeit dieser Rechnung befragt, verweigerte dazu jeden Kommentar – woraus die Schweizerzeit-Redaktion den Schluss zog, dass ihre Berechnung eher zurückhaltend erstellt worden sei. Hätte man übertrieben, wäre der Zahlenpräsentation ein Hagelwetter aus Bundesbern sicher gewesen.

Rechnen wir die seither, also seit elf Jahren eingetretenen Mehrkosten und die massive Zunahme von Asylbegehren auf die heutige Situation auf, dürften sich Gesamtkosten von sicher zwölf Milliarden Franken jährlich ergeben – vom Bund, von Kantonen, von Gemeinden, von Krankenkassen und anderen Sozialversicherungen zu tragen.

Ob diesmal ein Hagelwetter aus Bundesbern droht? Oder hüllt sich das Bundesamt für Migration wieder in Schweigen?

us

Für eine sichere Zukunft in Freiheit

Wieder
in den
Nationalrat



- Keine 10-Millionen-Schweiz
- Für den Erhalt der Unabhängigkeit und direkten Demokratie
- Für eine sichere Schweiz
- Für eine gesunde Wirtschaft



Thomas
MATTER
Gregor Rutz in den Ständerat!

thomasmatter.ch

Liste 1



STICHWORTE ZUR TAGESAKTUALITÄT

180'000

Im letzten Jahr wanderten netto 180'000 Ausländer in die Schweiz ein. Es kommen zu viele, und es kommen die falschen. Die Massenzuwanderung ist längst die Mutter ungezählter Probleme: steigende Kriminalität, Dichtestress, Verbetonierung, Dauerstau auf den Strassen, Überlastung der Eisenbahnen, Umweltverschmutzung, Energieverschleiss, Lehrer- und Fachkräftemangel, steigende Krankenkassenprämien, stagnierende Löhne, Wohnungsnot, Überregulierung im Arbeitsmarkt, weniger Freiheit, mehr Staat, ein allgemeines Gefühl der Entfremdung in heimischen Gefilden. Die Masseneinwanderung ist zu ihrem eigenen Schneeballsystem geworden, denn um die Zuwanderung zu bewältigen, braucht es immer noch mehr Zuwanderung. Geht es ungebremst so weiter, werden die Schweizer zu Indianern im eigenen Land.

(Roger Köppel, Weltwoche, 07.09.2023)

«Facharbeiter»

Von den seit 2015 ins Land gelangten Migranten hat kaum einer einen vernünftigen Arbeitsplatz. Zieht man Praktika, vom Arbeitsamt gefördertes Stillsitzen, prekäre Aushilfstätigkeit und Mindestlohnjobs ab, dann sind an die 80 Prozent gar nicht beschäftigt oder jedenfalls nicht so, dass sie ihr Auskommen auch im Alter erwirtschaften könnten – aber wir schustern neue Einwanderungsgesetze zusammen, ohne dass das bestehende Einwanderungsproblem auch nur ansatzweise gelöst wird.

Frauen sollen in der U-Bahn Tarnpullis anziehen, um nur ja keine Belästigung zu provozieren, denn neuerdings sind es wieder die Frauen, die an gewalttätiger Belästigung schuld sind. Die Stadtparks in Grossstädten, insbesondere in Berlin, sind längst Sperrbezirke für Frauen, Schwimmbäder kein sommerliches Vergnügen mehr, sondern vielfach so verkommen, dass

Strompreis-Explosion

Nun trifft ein, wovor die SVP gewarnt hat: Schweizweit steigen die Strompreise massiv an. Dies ist eine direkte Folge der ideologischen Energiepolitik und der verantwortungslosen Zuwanderungspolitik der aktuellen Mitte-Links-Mehrheit. Mit dem neuen Klima-Gesetz und dem Energiegesetz gaukelt Mitte-Links der Bevölkerung zudem vor, dass sich der massiv steigende Energiebedarf der Schweiz allein aus erneuerbaren Energien, etwa mit einer Solarpflicht für alle Dächer, decken lässt. Die Bundeshausfraktion der SVP lehnt eine Ausweitung der Solarpflicht entschieden ab.

(Medienmitteilung SVP, 02.09.2023)

die Frühjahrsdebatte, ob Frauen überall oben ohne sonnenbaden dürfen, sich von selbst erledigt hat.

(Roland Tichy, in «Tichys Einblick», 09/23)

Kernkraft-Nutzung

Mit den Reaktorkonzepten der Generation IV sollen das Sicherheitsniveau, die Ökonomie und die Flexibilität der Anwendungen von Generation III mindestens egalisiert oder verbessert werden. Neu und entscheidend wird aber sein, dass es gelingt, den langlebigen radiotoxischen Abfall auf ein Minimum zu reduzieren – und damit die Etablierung einer nachhaltigen Kreislaufwirtschaft für die endlichen Uran- und Thoriumressourcen zu ermöglichen.

Der offene Brennstoffkreislauf der bisherigen Leichtwasserreaktoren, bei dem nur wenige Prozent des Brennstoffs Uran-235 genutzt werden, soll zu einem vollständigen Brennstoffrecycling umgebaut werden. Damit hätten wir praktisch unbegrenzte Brennstoffvorräte (Uran/Thorium/Plutonium), die mit Wiederaufbereitungsanlagen und Reaktoren der IV. Generation zum allergrössten Teil wiederverwendet werden könnten. Und der minimale Rest, der als Abfall in ein Endlager kommt, würde um Grössenordnungen weniger lang strahlen.

(Martin Schlumpf, in «Schweizer Monat» 1109, Sept. 2023)



**Keine
10-Millionen-
Schweiz**

therese-schlaepfer.ch **Therese**

Schläpfer

Alt-Gemeindepräsidentin Hagenbuch



**Im Kanton Zürich wieder
in den Nationalrat**

In den Ständerat:
Gregor Rutz
zusammen mit Regine Sauter



Liste 1
SCHWEIZER QUALITÄT
SVP
Die Partei des Mittelstandes

Wenn es um Nahrungsmittel geht

Wir dürfen uns nicht auf Importe verlassen

von Martin Haab, Nationalrat, Präsident Zürcher Bauernverband, Mettmenstetten ZH

Der Krieg in der Ukraine zeigt uns eindrücklich, wie fragil Versorgungslagen sein können. Von einem Tag auf den anderen hat sich ein ganzer Kontinent die Frage stellen müssen, wie man die Energieversorgung in der kommenden Zeit sichert.

Beantwortet ist die Frage bis heute nicht, und sie zeigt: Wenn es um Grundlegendes geht, sollte man sich nicht gänzlich auf Importe verlassen. Leider war diese Sensibilität in den vergangenen Jahren in Politik und Wirtschaft nicht vorhanden.

Das gilt auch für die Landwirtschaft: Lebten 2010 noch 7,86 Millionen Menschen in der Schweiz, so wurde vor wenigen Tagen die Neun-Millionen-Grenze überschritten. Die Herausforderungen für die eigene Versorgung nehmen laufend zu. Gemäss dem kürzlich erschienenen Agrarbericht 2022 ist der Selbstversorgungsgrad über alle Lebensmittel betrachtet rückläufig; die Bevölkerung wächst schneller als die landwirtschaftliche Produktion. Keine gute Entwicklung. Dies finden auch die Schweizerinnen und Schweizer. Eine ebenfalls im Agrarbericht 2022 enthaltene Umfrage zeigt, dass man sich hierzulande eine Landwirtschaft wünscht, die im Notfall die Versorgungssicherheit gewährleisten kann.

Dies sieht auch der Bundesrat so. Der Selbstversorgungsgrad könne nur gehalten werden, «wenn die Landwirtschaftsböden quantitativ und qualitativ erhalten bleiben und der technische Fortschritt umgesetzt wird (...)», schreibt er. Gleichzeitig nehmen behördliche Auflagen und Verbote zu. Beispielsweise beim Pflanzenschutz, wo für verbotene Mittel keine Ersatzprodukte zur Verfügung stehen. Oder wie im Kanton Zürich, wo fruchtbare Ackerböden zu Magerstandorten umgewandelt werden sollen oder durch die Entfernung der Entwässerungssysteme der Wiederversumpfung preisgegeben werden.

Übertriebene Ökologisierung

Die SVP hat kurz nach Ausbruch des Krieges gegen die Ukraine mit Vehemenz darauf hingewiesen, dass der Bundesrat die Stossrichtung unserer Agrarpolitik überdenken muss. Aber nichts ist geschehen. Die Mehrheit der Politiker will den eingeschlagenen Weg der übertriebenen Ökologisierung und den damit einhergehenden Verlust von Selbstversorgung um keinen Preis verlassen. Die vor kurzer Zeit in den Medien noch allgegenwärtige «globale Ernährungskrise» scheint bereits wieder in Vergessenheit geraten zu sein.

Aber der Schein trügt. Die weltweite Lebensmittelversorgung ist durch die Wirren dieses Krieges wieder auf «Feld eins» gelandet. Die Ukraine, die einstige Kornkammer der Welt, wird ihr Produktionspotential in den kommenden Jahrzehnten nicht nutzen können.

Denn Infrastrukturen wie Lagerhallen, Transportwege und Verladeeinrichtungen an den Häfen wurden beschädigt und unbrauchbar gemacht. In einer intakten Ukraine könnten Lebensmittel für eine Milliarde Menschen produziert werden. Darauf wäre die Welt eigentlich angewiesen denn die globale Bevölkerung wächst um 83 Millionen Menschen pro Jahr.

Verfassungsauftrag erfüllen

Die Schweiz täte gut daran, den verfassungsmässigen Grundauftrag an unsere Bauern nicht zu vernachlässigen – nämlich die Versorgung der heimischen Bevölkerung mit nachhaltig produzierten Lebensmitteln.

Leider zieht es eine Mehrheit der Schweizer Politiker vor, weiterhin in ihrer ökologischen Traumwelt zu wandeln. Das Erwachen aus diesem Traum wird wohl so schnell kommen wie die Energiekrise.

Martin Haab

Engagiert für Landwirtschaft,
Ernährung & Umwelt.

Martin Haab

2x auf ihre Liste



martinhaab.ch

Die Stimme der Schweiz

Auf dass sämtliche Staaten der Welt sich jederzeit bewusst sind, dass die Schweiz ein neutrales Land ist und bleibt, müsste der Bundesrat die derzeit unser Land im Uno-Sicherheitsrat vertretende Schweizer Botschafterin verbindlich verpflichten, zu jedem ihrer dort zahllos abgegebenen Voten den Standpunkt der Schweiz wie folgt zum Ausdruck zu bringen:

«Im übrigen tritt die völkerrechtlich als immerwährend und bewaffnet neutral anerkannte Schweiz mit Wort und Tat nachdrücklich dafür ein, dass Konflikte zwischen Staaten ausschliesslich am Verhandlungstisch ausgetragen werden – ohne dass dafür Tausende in Tod und Verderben geschickt und Zehntausende um ihr Hab und Gut gebracht werden.»

Die Schweizerzeit wird diesen Satz so lange wiederholen, bis der Bundesrat seine Pflicht tut.

Unternehmer nach Bern!

Wählen Sie wirtschaftsfreundlich,

- » weil erfolgreiche Unternehmen und eine produzierende Landwirtschaft für Sicherheit und Stabilität sorgen!
- » weil nur gesunde und florierende Unternehmen unsere Sozialwerke finanzieren können!
- » weil unsere Gewerbebetriebe nicht nur über Bildung reden, sondern jährlich über 100'000 Jugendliche ausbilden!

Kanton Zürich:

**Wählen Sie am 22. Oktober 2023 die
KMU-Unternehmerliste 22**



In den Nationalrat

Hans-Ulrich Bigler

hansulrich-bigler.ch

In den Ständerat:
Gregor Rutz
zusammen mit Regine Sauter



Eritreische Gewalt in der Schweiz

Ein Desaster mit Ansage

von Benjamin Fischer, Nationalrat, Volketswil ZH

Zuerst eine explodierende Sozialhilfequote, dann zunehmende Gewalttaten. Seit Jahren warnt die SVP. Nun spitzen sich die Probleme mit der eritreischen Diaspora zu – der Bundesrat weigert sich zu handeln.



Auch in Deutschland kam es bei einem Eritrea-Festival zu Ausschreitungen. Mindestens 26 Polizistinnen und Polizisten wurden durch Steine, Flaschenwürfen und Rauchbomben verletzt. Bei einer Strassenschlacht unter Eritreern in Tel Aviv wurden Anfang September mehr als 150 Leute verletzt, ein Drittel davon Polizisten.

Nur eine Woche später wurden bei Ausschreitungen rund um ein Eritrea-Festival in Kopenhagen sechzig Randalierer festgenommen. Dann folgte die brutale Massenschlägerei in Opfikon ZH. Zwei Wochen später kommt es am Rande einer Eritrea-Veranstaltung in Stuttgart zu heftigen Ausschreitungen, 27 Polizisten werden verletzt. 228 Festnahmen sind nötig, um die Situation in den Griff zu bekommen. Unter den Angreifern sind gemäss der Stuttgarter Polizei auch 63 Eritreer aus der Schweiz.

Kaum zu glauben, aber wahr

Die Schweiz gewährt Gegnern und Unterstützern der eritreischen Regierung Asyl. Ende Juni 2023 lebten in der Schweiz rund 30'150 Asylanten aus Eritrea. Dazu kommen nochmals über 8'000 sogenannt vorläufig aufgenommene Eritreer mit dem Status F.

Die erwähnte Massenschlägerei in Opfikon vom Samstag, 2. September 2023, ist nur der neueste Höhepunkt. Doch was unternimmt unsere Landesregierung, dass solche innerstaatlichen Konflikte nicht von Migranten in der Schweiz ausgetragen werden? Ich habe dazu vier Fragen an den Bundesrat gerichtet. Die «Antworten» erschöpfen sich in Allgemeinplätzen. Statt diese Personen auszuschaffen, lässt der Bundesrat vermelden, dass der eritreische Staat seine Staatsangehörigen nur zurücknehme, wenn sie freiwillig zurückkehrten. Ungeheuerlich: Da werden Eritreer unter dem Titel «Asyl» in die Schweiz geschleust, um von hier aus ihre Regierung finanziell zu unterstützen – und dabei bringen sie ihren innerstaatlichen Konflikt in unser Land. Und statt mit Eritrea über Rückführungen zu verhandeln, lässt sich unser Bundesrat vom eritreischen Regime an der Nase herumführen.

Bundesrätliche Kapitulation

Und was unternimmt der Bundesrat, um die Unterstützung der eritreischen Regierung aus der Schweiz zu unterbinden?

Der Bundesrat beantwortete diese Frage am 18.09.23 wie folgt: «... Ohne konkrete Verdachtsmeldung besteht (...) keine gesetzliche Grundlage für eine Analyse von Geldflüssen. Es ist nicht bekannt, wie viele eritreische Flüchtlinge das aktuelle Regime in Eritrea unterstützen. Ein grosser Teil der eritreischen Diaspora ist politisch nicht aktiv. Der Bundesrat geht davon aus, dass solche privat organisierten Festivals oft eine Devisenquelle sind. Es ist nicht bekannt, wie viel Geld die Organisatoren dabei einnehmen und welchen Teil sie nach Eritrea schicken.»

Im Klartext: Man hat keine Ahnung, behauptet aber dennoch, dass nur sehr wenige Eritreer Probleme machten. Die Konsequenz: Wir brauchen dringend echte bürgerliche Mehrheiten in Bern, um Ordnung zu schaffen. Nur wenn die SVP die Wahlen gewinnt, werden auch die FDP und die Mitte diese Themen ernst nehmen.

Benjamin Fischer

Militärische Führungskompetenz im Nationalrat




bisher

Beni
Fischer

Tobias
Weidmann



In den Ständerat:
Gregor Rutz
zusammen mit Regine Sauter

Liste 1



SCHWEIZER
QUALITÄT

Die hippen Grünliberalen und ihre obskuren Netzwerke (Teil 2)

Die Grünliberalen sind keine Umweltpartei mehr, sondern ein Lifestyle-Klub. Der jüngeren Garde geht es um eine Kulturrevolution. Sie wollen altbewährte Strukturen aufbrechen und eine «progressive Zukunft» schaffen, wobei der Begriff «progressiv» mit beliebigen Inhalten gefüllt wird. Hauptsache: Es klingt cool.

Der Mann ohne Skrupel

Nach verschiedenen Exponenten der Grünliberalen kommen wir nun zu einer Hauptperson im grünliberalen Netzwerk: Nicola Forster (geb. 1985). «Innovator» und Machtmensch.

Die Neue Zürcher Zeitung (Magazin 20.5.2023) beschreibt ihn so: «Statt Krawatte trägt er Fliege, er ist Offizier (beim Zivilschutz), lizenzierter Jurist (ohne Anwaltspatent), wuchs am Zürichberg auf (oder an dessen Fuss) und präsidiert (im Jobsharing) eine liberale Partei (die auch grün-progressiv ist). Nicola Forster kann seinen Lebenslauf changieren lassen, je nach Lichtverhältnissen hat man einen honorigen Bürgerlichen vor sich oder einen linksliberalen Hipster. Darum nennt er sich selbst oft und gerne «einen Gründer». Das klingt nach Alfred Escher. Aber auch nach kreativer Startup-Szene.»

Kampf gegen die «Konservativen»

Forster umschreibt seine politische Position auf seiner Website ziemlich präzise. Er sieht die Gegensätze nicht mehr zwischen links und rechts, sondern zwischen «konservativ und progressiv», «zwischen Vertreterinnen einer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Öffnung sowie Vertretern einer wertkonservativen Haltung, die sich gegen technologische und internationale Veränderungen stellt». Das zeige sich etwa im Kampf der SP gegen das Rahmenabkommen Schweiz – EU, für das Nicola Forster bei Gegnern und Verbündeten warb.

Für echte Politik fehlt dem Machtmenschen Forster jedoch der Sendungsgeist. Bei aller Skrupellosigkeit pflegt er den blassen Modus des politologischen

Proseminars, wechselt ironisch auf die Metaebene und wirkt wie ein Moderator. Die NZZ: «Wie der Politiker Forster tickt, zeigt sich in seiner Position zum Grundeinkommen: «Ich bin dagegen», sagt er, «aber dafür, dass man es ausprobiert.» Einer der Brainstormer am «Impact Hub» fragt ihn: «Warum möchtest du eigentlich in den Nationalrat?» Forsters Antwort klingt ungewöhnlich: «Als wir Foraus gründeten, merkte ich, wie wichtig ein Zugang ins Parlament sein kann. Einen solchen möchte ich als Nationalrat auch Menschen und Organisationen mit guten Ideen bieten, die ihn noch nicht haben.»»

Think-Tanker der Generation Easyjet

Das Netzwerk rund um die Grünliberalen besteht aus so vielen Projekten, dass man das neuste immer gerade noch nicht kennt. «Unser Netzwerk ist sehr lose, sehr kollaborativ», sagt Forster, «man begegnet sich immer wieder in ähnlicher Konstellation, aber nicht weil es formalisiert wäre, sondern weil es sich ergibt.» Zusammengehalten wird es einerseits von Allround-«Think-Tankern» wie Nicola Forster und andererseits von den biografischen Erfahrungen der Generation Erasmus, die sehr privilegiert aufgewachsen ist, mindestens ein Jahr im Ausland studiert hat und hochmobil durch ein europäisches Leben schreitet.

Solarpanels und erneuerbare Energie interessieren diese jungen Hippen bestenfalls am Rand. Flugscham kennt die Generation Easyjet ohnehin nicht, und Umweltpolitik ist höchstens Vehikel für andere politische Inhalte. Was sie wollen, ist ein Kulturkampf – eine gesellschaftspolitische und aussenpolitische Revolte. Beengende gesellschaftliche Normen sollen – wie bei der «Ehe für alle» – geschleift werden.



VOLAND
genuss | kreation | baumerfladen.ch

Tel. 055 265 11 20
www.baumerfladen.ch
info@baumerfladen.ch

Der Baumerfladen schafft jeden Weg...

Unter baumerfladen.ch/shop können Sie einfach und unkompliziert einen der beliebten Baumerfladen bestellen. Profitieren Sie vom Postversand oder besuchen Sie uns in unseren Filialen. Wir freuen uns auf Ihren Mausklick...



Ihr Konditorei Voland Team



Bauma • Steg • Wald • Rüti • Bäretswil • Fehraltorf • Laupen • Kempthal • Gossau ZH

Postmigrantische Gesellschaft

Einwanderung ist keine Ressourcenfrage, sondern Gesellschaftspolitik. Sie propagieren die postmigrantische Gesellschaft, in der die angestammte Mehrheit ihre Dominanz eingebüsst hat. Stattdessen handeln im multikulturellen Schlaraffenland Alteingesessene und Zugewanderte laufend aus, welche Leitkultur gerade gelten soll. In der heilen Welt der postmigrantischen Ideologie passen sich Ursprungsbevölkerung und Zugezogene an die Bedürfnisse der jeweils anderen Gruppe an. So tritt -theoretisch – wahre Gleichberechtigung an die Stelle von Diskriminierung und Ausgrenzung.

Frauen sollen zwecks Steigerung der Produktivität gefälligst in die Erwerbsarbeit. Deshalb lieben auch die Wirtschaftsverbände die Operation Libero so sehr (mindestens, bis sie sich für die Konzerninitiative aussprach). Erziehung wird an Krippe und Schule ausgelagert.

Das EU-Personenfreizügigkeits-Abkommen ist für diese jungen Hippen nicht ein politisches Pfand, um im Gegenzug den EU-Marktzugang zu bekommen, sondern eher eine Art Generalabonnement für die persönliche Lebensreise. Eine ihrer Kampagnen hiess denn auch «I♥Schengen».

Steuergelder für linke Aktivisten

Die Geschichte der «neuen Schweiz» von Nicola Forster lässt sich am besten institutionell erzählen. Noch während des Studiums leitete er eine Kampagne für die Osterweiterung des EU-Freizügigkeitsabkommens. 2009 gründete er daraus das «Forum Aussenpolitik» (Foraus). Dieses hat die frühere «Neue Europäische Bewegung Schweiz» (Nebs) weitgehend ersetzt.

Dabei zeigt sich die Genialität Forsters bei der Mittelbeschaffung – vor allem öffentlicher Gelder. 2022 hatte «Foraus» Einnahmen von 1,011 Mio. Franken. Davon stammte die Hälfte aus Steuergeldern. 111'000

« Das aktuelle Zitat »

«Wurden früher neue Automodelle regelmässig von ansehnlichen jungen Frauen präsentiert, bewirbt selbst ein deutscher Hersteller von Luxuslimousinen jüngst sein neues Modell mit einer Person, die sich ihrer geschlechtlichen Identität nicht sicher zu sein scheint. «Divers» zu sein, ist irgendwie modern und dem Zeitgeist entsprechend. So ähnlich verhält es sich ja auch mit dem Bemühen vieler Unternehmen, als «grün» wahrgenommen zu werden. Nicht die plötzlich ausgebrochene Liebe der Manager zu Bruder Baum und Mutter Natur ist das treibende Element, sondern allzu oft die Marketingabteilung.»

Christian Ortner, früherer Herausgeber des Wiener Wirtschaftsmagazins «Format» auf dem Portal «Exxpress.at» am 28.8.2023

Franken kamen als Subventionen gestützt auf Art. 7 Abs.2 des KJFG direkt vom Bundesamt für Sozialversicherung (BSV). Dieses verteilt «Finanzhilfen für die Betriebsstruktur und regelmässige Aktivitäten von Einzelorganisationen, die schwerpunktmässig in der ausserschulischen Arbeit mit Kindern und Jugendlichen tätig sind». Was das hochpolitische und kontroverse «Foraus» mit Jugendarbeit zu tun hat, bleibt schleierhaft. Nebst dem BSV bekommt «Foraus» 544'000 Franken für Projektbeiträge und «Mandate» – darunter vom EDA, vom Bundesamt für Migration und sogar von der deutschen Botschaft und der EU-Vertretung in Bern.

Das Vorgehen Forsters als – wie er sich selbst bezeichnet – «Innovator» ist typisch für die hippen Grünliberalen. Zuerst wird ein Programmbereich ausgewählt, der innenpolitisch umstritten ist. Für die politische Bearbeitung wird ein «Think Tank» gegründet, und via dieses Vehikel werden anschliessend die Fonds der linken Milliardärskinder wie der Meili-Brüder (Cerberus) und eine staatliche Finanzierung angezapft.

(Fortsetzung folgt)

Der obige Artikel stammt aus der Publikation «SPECTRUM»

Nr. 5/2023 der Schweizerischen Schüler- und Studenteninitiative (SSI).

Wir danken für die freundliche Genehmigung zum Abdruck in der Schweizerzeit.

Ihre Stimme in Bern!



Nina

Wahlen am
22. Oktober

Fehr Düsel

In den Nationalrat

ninafehrdusel.ch

In den Ständerat:
Gregor Rutz
zusammen mit Regine Sauter

2x auf Ihre Liste



Für eine sichere, kostengünstige Energieversorgung

Windkraftanlagen im Kanton Zürich – passt das?

von Domenik Ledergerber, Landwirt, Kantonsrat u. Kantonalpräsident SVP ZH, Herrliberg

Mit dieser Frage im Gepäck sind Mitte September über fünfzig Interessierte zum Windpark Verenafohren (Tengen, DE) gefahren. Zum Augenschein vor Ort hatten Nationalrätin Theres Schläpfer sowie die Kantonsräte Tobias Weidmann und Domenik Ledergerber eingeladen.



Während der Anfahrt zum Windpark Verenafohren waren die drei rund 300 Meter hohen Windkraftanlagen von weither zu sehen. So kehrte schnell Ernüchterung ein: Denn die Windräder standen still. Es war praktisch windstill an diesem Samstagvormittag. Während unseres rund dreistündigen Besuchs wurde keine einzige kWh Strom produziert. So drehte sich die Diskussion

vor Ort sehr schnell um die Leistung und Effizienz von Windparks.

Die rund vierzig bestehenden Windkraftanlagen in der Schweiz erreichen eine Auslastung von durchschnittlich 16,4%, in Deutschland sind es immerhin 24%. Im windarmen Kanton Zürich wird eine Auslastung von 13,8% erwartet. Die 120 Windkraftanlagen könnten im Kanton Zürich gerade mal sieben Prozent des Strombedarfs decken. Da konnte auch das Argument der anwesenden Befürworter, der Strom werde hauptsächlich im Winterhalbjahr erzeugt und sei somit eine ideale Ergänzung zu Photovoltaikanlagen, nicht überzeugen. Denn stehen die Windräder im Winter still, haben wir keinen Strom. Punkt.

Beim kurzen Fussmarsch durch den Wald zu den 200 Meter hohen Windkraftanlagen waren die riesigen

Für eine sichere Zukunft in Freiheit!

In den Nationalrat



Am 22. Oktober:

In den Ständerat:
Gregor Rutz
zusammen mit Regine Sauter



2x auf Ihre Liste

Anita Borer **Domenik «Lädi» Ledergerber**

Schneisen vom Bau im Jahre 2017 waren noch klar erkennbar. Das Warnlicht und die Warntafel mit dem Hinweis «Achtung Eisabwurf» 300 Meter vor der ersten



Windkraftanlage im Windpark Verenafohren; v. l. Kantonsrat Tobias Weidmann, Nationalrätin Theres Schläpfer, Kantonsrat Domenik Ledergerber

Churz & Bündig

Eine hiesige Klimaforscherin, auch den Weltklimamarat mit ihrer Persönlichkeit zierend, stellt fest: Hierzulande seien Hunderte Klimatote zu beklagen. Sie starben nämlich an warmen Tagen. Und sie starben auch, als es nicht mehr so warm war. Sie seien folglich allesamt «Klimatote». Immerhin scheinen andere Kategorien der Menschheit gut zu überleben – an warmen wie an kalten Tagen. Als besonders zäh erweisen sich all die Heerscharen von «Expertinnen» und «Experten», für deren schlagzeilenträchtigen Unsinn die Steuerzahler Millionen aufzubringen haben. Obwohl sie angesichts all der Klimatoten der Menschheit das Zittern verordnen muss, scheint Frau Klimaforscherin überzeugt: Steuerzahler wird es auch noch geben, wenn statistisch die gesamte Menschheit längst dem Klimatod zum Opfer gefallen ist. Jedenfalls erachtet sie es als gewiss, dass ihr das Spitzengehalt bis ans Ende ihrer Tage gesichert ist.

us

Windkraftanlage löste die erste grosse Diskussion zur Sicherheit für Mensch und Umwelt aus. Nicht wegzudiskutieren ist der enorme Eingriff in die Natur und das Ortsbild durch den Bau solcher riesigen Anlagen. Im dichtbesiedelten Kanton Zürich ist der Bau von Windkraftanlagen praktisch unmöglich, ohne gravierende Auswirkungen auf die Menschen und die Umwelt zu verursachen. Diese Erkenntnis nahmen alle Besucher der Windkraftanlagen Verenafohren mit nach Hause.

Wegen der links-grünen «Energierategie» haben wir zu wenig Strom, und die Strompreise explodieren. Egal welche Technologie – es muss eine Güterabwägung zugunsten einer unabhängigen, bezahlbaren und zuverlässigen Stromproduktion gemacht werden. Nach heutigem Technologiestandard und den topographischen Voraussetzungen im Kanton Zürich sind Wasserkraftwerke, Photovoltaikanlagen und Kernkraftwerke die effizientesten, sichersten und umweltschonendsten Technologien für unsere Stromversorgung. Mit einem neuen Atomkraftwerk der Grösse Leibstadt (9'700 GWh Jahresproduktion) kann auf 2'155 Windkraftanlagen mit einer Jahresproduktion von 4,5 GWh (Beispiel Windkraftwerk Haldenstein/Chur, calandawind.ch) verzichtet werden. Ein neues Kernkraftwerk der Grösse Leibstadt würde den Jahrestrombedarf der Stadt Zürich zuverlässig, konstant und günstig decken.

Domenik Ledergerber

Für mehr Freiheit und Eigenverantwortung!



Roger Bachmann
in den Nationalrat

www.rogerbachmann.ch

In den Ständerat:
Gregor Rutz
zusammen mit Regine Sauter

Liste 1

SCHWEIZER
QUALITÄT
SVP
Die Partei des Mittelstandes

Der Unternehmer René Schweizer

Ein Mann der Praxis ins Parlament!

zac. Eine freiheitliche Wirtschaftsordnung gewährleistet Wohlstand und stärkt die Konkurrenzfähigkeit unserer Unternehmen. Der Staat soll ordnen, nicht die Leistung hemmen und blockieren. Er muss fortschrittliche Rahmenbedingungen schaffen.



Solche Feststellungen sind Binsenwahrheiten, und jeder Politiker, der sich «bürgerlich» nennt, würde sie wohl unterschreiben. Leider hat man in Bundesbern immer weniger Sinn für das Offensichtliche. Bürokratie und prozessverteuernde Vorschriften machen unseren Gewerblern das Leben schwer. Auch jene Berufsgruppe, die uns mit unserem täglichen Brot versorgt, hat zu kämpfen. Allein

schon die Vorschriften zur Deklaration der leckeren Produkte bringen manchen Betrieb an die Grenzen der Belastbarkeit. Ohne Branchenverbände, die auch zu finanzieren sind, wäre die Aufgabe nicht zu bewältigen.

Der 51-jährige Bäckermeister René Schweizer ist ein Mann, der sich diesen Herausforderungen jeden Tag

aufs Neue stellt. Seit 2001 ist er Inhaber der Konditorei Voland AG, die ihren Hauptsitz in Steg im Tösstal hat. In neun Filialen betreibt er im Zürcher Oberland Cafés und verkauft seine köstlichen Backwaren – darunter auch die berühmten Baumerfladen. Er ist dafür verantwortlich, dass Ende Monat rund 150 Personen ihren Lohn erhalten. Das ist eine beachtliche Leistung.

René Schweizer weiss um die Bedeutung gut ausgebildeten Personals. Darum hat er sich selbst immer weitergebildet und zahlreiche Fachkurse absolviert. Er bildet nicht nur in den eigenen Betrieben Lehrlinge aus, er gibt sein Wissen und seine Erfahrungen auch an der Berufsbildungsschule Winterthur an die kommende Generationen weiter.

Als Mann der Praxis kennt René Schweizer die Sorgen und Nöte jenes Teils unserer Wirtschaft, der mit der Abkürzung KMU viel zu pauschal umschrieben wird. Er weiss, was Wertschöpfung heisst, denn das ist es, was er macht: Er schöpft jeden Tage Werte. Genau solche Leute brauchen wir in Bern.

Ihr Bäcker aus dem Kanton Zürich!

2 x auf Ihre Liste

In den Nationalrat

René Schweizer

Inhaber Konditorei Voland

Unterstützt von:

René Schweizer

in den Nationalrat

Liebe Wählerinnen, liebe Wähler

Als Eidg. Dipl. Bäcker-Konditor mit eigener Bäckerei-Konditorei sehe ich, wie wichtig Ernährungssicherheit, Unternehmertum und Bildung für eine sichere Zukunft in Freiheit sind.

Entsprechend wichtig ist mir, die Selbständigkeit in allen Belangen aufrecht zu erhalten und dafür zu sorgen, dass sich der Staat so wenig wie möglich einmischt.

Meine Standpunkte:

- ▶ Ernährungssicherheit: Um die inländische Produktion zu erhöhen, müssen unsere Bauernbetriebe unterstützt und von unrealistischen Auflagen entlastet werden.
- ▶ Wirtschaftliche Stabilität: Es gilt, die «Macherinnen und Macher» in unserem Land zu ermutigen und von Bürokratie sowie hohen Steuern und Abgaben zu entlasten.
- ▶ Zukunftsfähiges Bildungssystem: Unserem dualen Bildungssystem müssen wir Sorge tragen. Kinder und Jugendliche sollen nach ihren Stärken gefördert und gefordert werden.

Vielen Dank für Ihre Stimme am 22. Oktober auf Liste 1.

Herzlich, ihr

René Schweizer
2x auf Ihre Liste

schweizer-rem.ch

René Schweizer

- Jahrgang 1972
- Wohnort Fischenthal
- Beruf Eidg. Dipl. Bäcker-Konditor und Berufsschullehrer

Engagements

- Inhaber Konditorei Voland seit 2001
- Vizepräsident Bäckermeisterverband Kanton Zürich (ZHBC)
- Vorstand Gewerbeverband Kanton Zürich (KGV)
- Prüfungsexperte Lehrgänger / Berufsprüfung Bäcker-Konditor

Politische Laufbahn

- seit 2019 Präsident SVP Bezirk Himwil
- 2006 -17 Präsident SVP Bauma

Am 22. Oktober:

SCHWEIZER QUALITÄT
Die Partei des Mittelstandes

SWISSAIR

Ein Stück (verlorene) Heimat

von Maria Wegelin, Dr. med. vet., Präsidentin SVP Winterthur, Winterthur-Dätttau

Da mein Vater als Informatiker bei der Swissair arbeitete, genoss ich das Privileg, sehr kostengünstig fliegen zu dürfen. Wo immer ich auf der Welt ich war: Wenn mein Heimweh mich nach Hause zog und eine Maschine der Swissair am Gate stand, überkam mich jedes Mal dieses unbeschreibliche Gefühl von Zufriedenheit, Vorfriede, Glück und Stolz.



Die Swissair war ein Stück Heimat. Sie gehörte zu den Werten der Schweiz, die unbezahlbar sind – oder im Fall der Swissair leider waren. Es war ein grosser Fehler – angesichts dessen, was wir momentan so alles bereit sind zu retten – die Swissair untergehen zu lassen. Wenn ich heute an einem Gate stehe und auf eine Maschine der Swiss schaue, bleibt dieses Gefühl von Heimat aus. Denn die Swiss gehört zur Lufthansa-Group, und alles, was sie noch mit der Schweiz verbindet, ist das weisse Kreuz auf rotem Grund auf der Schwanzflosse.

Was damals mit der Swissair geschah, geschieht heute stückchenweise mit der ganzen Schweiz. Viele Abstimmungen «schaden» der Schweiz per se nicht. Aber es gibt gewisse rote Linien, die auf keinen Fall überschritten werden dürfen, wenn wir dieses Gefühl von Heimat, wie die Swissair es mir vermittelte, nicht verlieren wollen. Dazu gehören alle Themen, welche die Schweiz näher an die EU anbinden oder sie gar in die EU integrieren wollen: die Preisgabe unserer Neutralität, das Unterschreiben des WHO-Pandemievertrags, die Übernahme von EU-Recht und damit der totale Verlust unserer Souveränität, und nicht zuletzt

der Nato-Beitritt. Ebenso die Personenfreizügigkeit, die bereits zu einer Überfremdung geführt hat und schlussendlich zu einem Bevölkerungsaustausch führen wird.

Vor kurzem war ich am Hauptbahnhof in Winterthur. Dabei ist mir einmal mehr das vielfältige Aussehen der in unserem Land wohnenden Menschen aufgefallen. Dieses Phänomen nennen wir «Multikulti». Es führt zu einem Einheitsbrei, in dem unsere Schweizer Werte unterzugehen drohen. Nach dem SVP-Wahlauftakt in der «Swiss Life Arena» titelte eine Zeitung sinngemäss, der Anlass der SVP zeige, wie realitätsfremd die Partei unterwegs sei. Wenn man sich also auf seine Wurzeln besinnt, seine Kultur hochleben lässt, dann ist man realitätsfremd, nicht mehr zeitgemäss.

Wissen Sie, was das Problem von demenzkranken Menschen ist. Sie vergessen, wer sie waren, sie vergessen, warum sie zu eben dem Menschen geworden sind. Sie vergessen ihre Herkunft. Der deutsche Schriftsteller Michael Ende sagte einst: «Ohne Vergangenheit kann man keine Zukunft haben.»

Warum legt man in der Schule keinen Wert mehr auf den Geschichtsunterricht? Meine Arbeit als Mami, als SVP-Parteipräsidentin der Stadt Winterthur und als Stadtparlamentarierin setzt genau da an. Es geht mir darum, meinen Kindern zu vermitteln, woher wir kommen, dass wir in der Parteiarbeit unsere Traditionen leben. Und als Stadtparlamentarierin kämpfe ich dafür, dass unsere Werte erhalten bleiben. Für eusi Heimat, für eusi Schwiiz, für eusi Chind!

Maria Wegelin

ZANETTI
CH-7742 POSCHIAVO
Telefon 081 844 09 08
Telefax 081 844 10 20
Mail: info@zanettispecialita.ch
www.zanettispecialita.ch

Filiale Bahnhof Chur
(nur 1 Minute vom
Billettschalter entfernt)
Telefon 081 253 60 60

Maria Wegelin
in den Nationalrat

Für eusi Heimat,
für eusi Schwiiz,
für eusi Chind!

www.maria-wegelin.ch

2 x
auf Ihre
Liste

Liste 1
In den Ständerat:
Gregor Rutz
zusammen mit Regine Sauter

Es geht um unsere Demokratie

Gender-Wahn stoppen!

von Susanne Brunner, Kantonsrätin, Zürich

Klima-Kleber, Gender- und Woke-Aktivist*innen sind nicht nur störend. Sie spalten die Gesellschaft und bedrohen zunehmend unsere Demokratie. Wir müssen diese Fehlentwicklungen jetzt stoppen.

«Sehr geehrte Zürcher*innen», so spricht Stadtpräsidentin Corine Mauch die Bürger an. In der Zürcher Stadtverwaltung gibt es Velofahrende, Handwerkende oder Demonstrierende. Die Stadtpolizei sucht nach Zeug*innen.

Eliten an Universitäten, Trans-Aktivist*innen und sogar staatliche Behörden wie der Zürcher Stadtrat treiben die Gendersprache voran. Sie betreiben ein Sprachdiktat und eine Spracherziehung. Wer gendert, ist ein guter Mensch. Wer nicht gendert, ist ein schlechter Mensch. Diese moralische Aufteilung ist nicht akzeptabel. Denn so wird unsere Freiheit des Denkens, des Redens und des Schreibens eingeschränkt. Die Gendersprach-Aktivist*innen geben dabei vor, eine sensible, inklusive Sprache zu verwenden. Sie beanspruchen Toleranz für sich allein. Doch genau das Gegenteil ist der Fall. Die Gendersprache und der Genderstern weisen immer wieder darauf hin, dass wir unterschiedlich sind und dass wir nicht zusammengehören. Dies spaltet die Gesellschaft.

Mit dem Gender-Aktivismus wird ein politisches Programm transportiert. Dieses hat zwei Ziele: Erstens die Auflösung der Zusammengehörigkeit und die Spaltung der Gesellschaft in kleine Gruppen. Und zweitens, die Auflösung von Wahrheiten, wie zum Beispiel die biologische Tatsache der Geschlechter. Um die Ausbreitung der Gendersprache zu stoppen, habe ich im Mai 2023 die Stadtzürcher Initiative «Tschüss Genderstern!» eingereicht. Die Initiative bringt die erste Abstimmung über die Gendersprache in der Schweiz und befreit die Zürcher Stadtverwaltung vom Genderstern.

Klima-Aktivist*innen kleben sich auf Strassen fest, stören den Betrieb von Flughäfen oder beschädigen Kunstwerke. All diese Aktionen verstossen gegen das Gesetz. Die Aktivist*innen nehmen für sich in Anspruch, dies tun zu dürfen nach dem Motto «Der Zweck heiligt die Mittel».

« Das aktuelle Zitat »

«Wenn Peter Bodenmann, der Altmeister der SP, die Nerven verliert und die Grünen zusammenstaucht», (weil sie seines Erachtens die grosse Solaranlage im Wallis verhindert haben), «ist das immer ein gutes Zeichen. Das heisst, er und seine Linke stehen kurz vor einer epochalen Niederlage – und er weiss es.»

Markus Somm, Chefredaktor Nebelspalter, in der Sonntagszeitung vom 17.9.2023

Aber halt! In einem demokratischen Rechtsstaat kann dies niemals gelten. Wenn der Zürcher Stadtrat die Namen von Häusern wie zum Beispiel «Zum Mohrentanz» abdeckt, tut er dies ohne jegliche gesetzliche Grundlage. Er tut es, weil er den Wunsch der kleinen Lobbygruppe «Kollektiv vo da» erfüllen will.

Ob Klima-Kleber, Gender-Aktivist*innen und Woke-Fanatiker: Sie alle gehen nicht den demokratischen Weg. An einer demokratischen Auseinandersetzung sind sie gar nicht interessiert. Das ist gefährlich, denn sie unterlaufen das demokratische Mehrheitsprinzip. Doch sind es unsere demokratischen Regeln, die unsere Gesellschaft zusammenhalten. Wer diese Regeln missachtet, gefährdet die Demokratie. Die SVP stellt sich als einzige Partei gegen Woke-Welle, Gender-Aktivist*innen und Klima-Kleber. Am 22. Oktober gilt es darum, die SVP zu stärken und SVP zu wählen! Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung.

Susanne Brunner



Susanne **Brunner**
in den Nationalrat
2x auf Ihre Liste

**Gender-Wahn stoppen!
Freiheit wählen!**



Liste 1 SCHWEIZER QUALITÄT
Die Partei des Mittelstandes

Tatkraft und Unternehmertum

Thomas Lamprecht nach Bern!

Der Bassersdorfer Schreinermeister und EDU-Kantonsrat Thomas Lamprecht will in den Nationalrat. Seine Chancen stehen gut. Der Gewerbeverein Bassersdorf-Nürens Dorf unterstützt ihn.

Thomas Lamprecht, Inhaber einer Schreinerei und EDU-Kantonsrat, hat reelle Chancen diesen Herbst in den Nationalrat einzuziehen. Dank aussichtsreicher Listenverbindungen hat seine Partei einen Sitz in Aussicht. Der erstplatzierte Kandidat der EDU-Liste – ein Angestellter – erzielte 2019 lediglich 400 Stimmen mehr als Lamprecht.

Unterstützung des Gewerbes

400 Stimmen im bevölkerungsreichsten Kanton der Schweiz – das ist wenig. In anderen, grösseren Parteien braucht es viel mehr Stimmen, um einen Rang auf der Liste gutzumachen.

Der Gewerbeverein Bassersdorf-Nürens Dorf unterstützt denn auch sein Mitglied Thomas Lamprecht. So kann ein weiterer Unternehmer in der nationalen Politik Einfluss nehmen. Bundesbern braucht mehr Praktiker. Umso wichtiger ist es, dass Lamprecht die Stimmen der Gewerblen und der lokalen und regionalen Bevölkerung erhält.

Klares bürgerliches Profil

Thomas Lamprecht – das hat er in seinem Amt als Kantonsrat bewiesen –, hat ein klar bürgerliches Profil. «Ich setze mich für die Werte ein, die die Schweiz stark gemacht haben: Freiheit, Eigenverantwortung und Unternehmergeist», sagt er. Die freie Meinungsäusserung der Bürgerinnen und Bürger müsse verteidigt werden. Ausserdem will er die Kleinunternehmen fördern: «Die zahlreichen Klein- und Kleinstunternehmen sind die Stütze unserer Volkswirtschaft. Ich setze mich dafür ein, dass sie bürokratisch und steuerlich entlastet werden», so Lamprecht.

In der Gesellschaftspolitik will Lamprecht den «Gender-Wahnsinn» stoppen: Das biologische Geschlecht sei eine «natürliche Tatsache». Nicht zuletzt engagiert sich Lamprecht für ein lebenswertes Bassersdorf: «Es braucht eine Umfahrung, damit das Dorfzentrum von Lärm und Abgasen befreit wird», betont er. Flüsterbeläge steigerten überdies die Lebensqualität – im ganzen Kanton.

Gewerbeverein Bassersdorf-Nürens Dorf

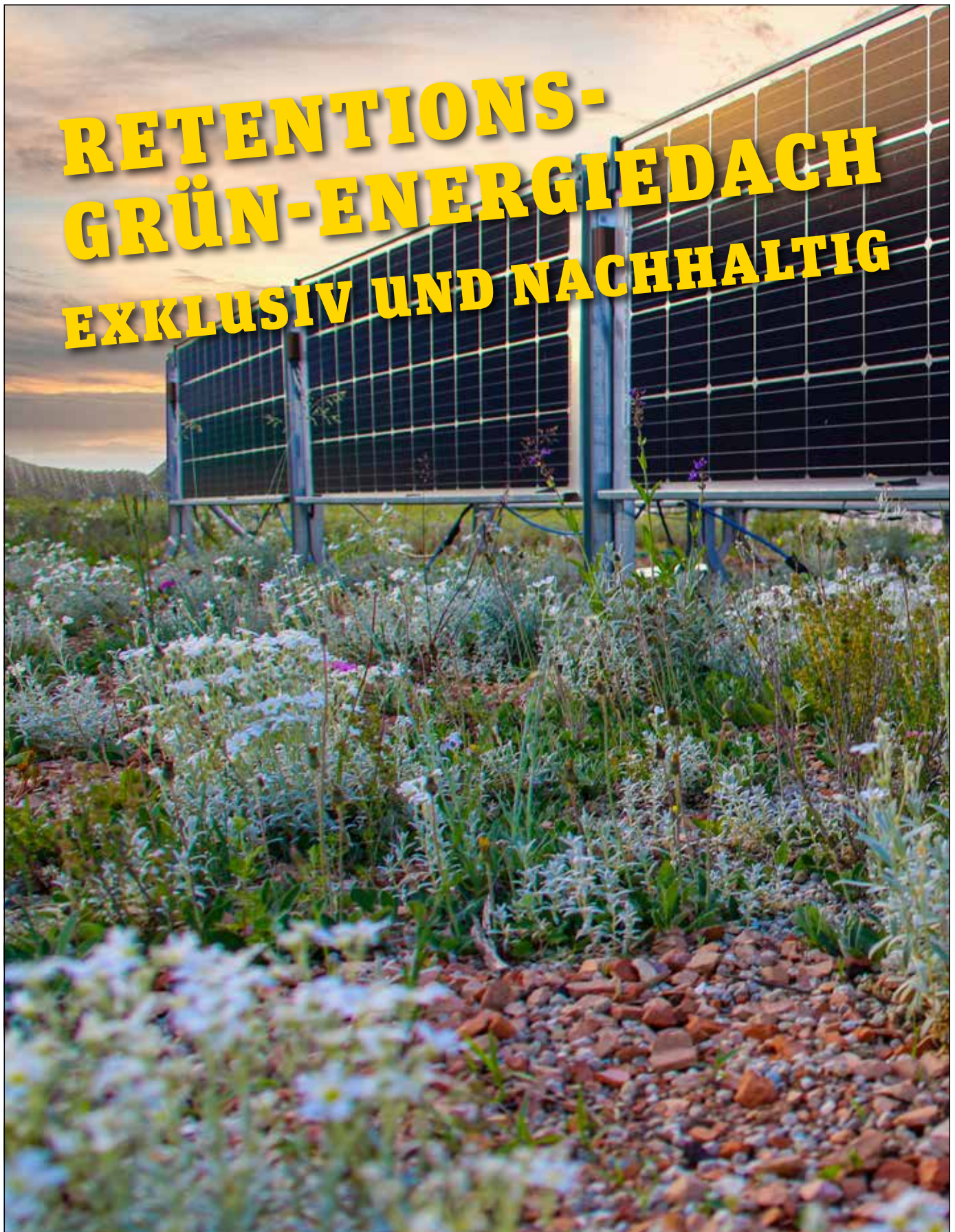
LGBT: Leuchten die Farben?



EDU+

Thomas Lamprecht
Bassersdorf

Spitzenkandidat Nationalratswahlen



www.weissappetito.com/dachbegruenungen

Weiss+Appetito

O Thurgau Du Heimat

O Thurgau, du Heimat, wie bist du so schön,
wie bist du so schön!

Dir schmücket der Sommer die Täler und Höhn!

O Thurgau, du Heimat, wie bist du so hold,
dir tauchet der Sommer die Fluren in Gold!

La, la, la, la, ...

dir tauchet der Sommer die Fluren in Gold!

O Land, das der Thurstrom sich windend durchfließt,
dem herrlich der Obstbaum, der Weinstock entspiesst.

O Land mit den blühenden Wiesen besät,
Wo lieblich das Kornfeld der Abendwind bläht.

(Refrain)

O Heimat, wie blüht dir im sonnigen Glanz,
von Dörfern und Feldern ein herrlicher Kranz.

O Heimat, wie tönt dir bei Feier und Grab,
das Glockengeläute vom Kirchturm herab.

(Refrain)

O Thurgau, wie liebe, wie schätze ich dich!
Wohl locken viel schönere Gegenden mich.

O Thurgau, mich fesselt ein engeres Band
An dich, du geliebtes, du wonniges Land!

(Refrain)

Und finde ich schlummernd im Grabe einst Ruh,
Dann decket die heimische Erde mich zu.

Und öffnet das Jenseits sein strahlendes Tor,
Dann schweb' ich von Heimat zu Heimat empor.

(Refrain)

Drum, Thurgau, nimm hin noch den schwellenden Gruss,
nimm hin von den Lippen den glühenden Kuss,
und bleibe in Eintracht und Liebe vereint,
dann ewig die Sonne des Friedens dir scheint.

(Refrain)

Wieder in den Ständerat Jakob Stark



Stark für den Thurgau – stark in Bern

www.jakob-stark.ch

Churz & Bündig

Zum Thema «Fachkräftemangel»: Die Staatsbürokratie allein des Kantons Zürich stellt an jedem Werktag im Durchschnitt fünf weitere Verwaltungsangestellte ein. Jährlich gut zwölfhundert neue Bürokraten. Tatsächlich weist die Schweiz ein Wachstum an Arbeitsplätzen aus. Wer genauer hinschaut, erfasst aber rasch, dass das Arbeitsplatzwachstum allein im steuertreibenden staatlichen Funktionsapparat stattfindet. In der produktiven Wirtschaft stagniert die Zahl der Arbeitsplätze dagegen seit Jahren.

us



DAS MÖBELHAUS IM THURGAU



HAUPTSTRASSE 68 | 8552 FELBEN-WELLHAUSEN
+41 52 765 20 30 | WWW.HUGOKELLER.CH

SOLIDARITÄT – Fliegenfänger für Steuergelder



Ein Teil der Aufblähung der Bundesverwaltung zu inzwischen real-satirischem Ausmass ist mit einem raffinierten «Sesam öffne dich» zur Schatzkammer der Steuergelder eingefädelt worden: Das Zauberwort heisst Solidarität. Wer will schon unsolidarisch sein? Die schlaumeierisch hineingeschmuggelte Verfassungsgrundlage für jede Art von Weltverbesserung auf Kosten der Steuerzahler ist Bundesverfassung Art. 54. Schlaumeierisch deshalb, weil laut damaligem bundesrätlichem Versprechen die letzte Verfassungsreform nur eine stilistische Entschlackung (Nachführung) und keine Ausweitung von Bundeskompetenzen hätte sein sollen.

Besonders augenfällig lässt sich die Ausgabenexplosion bei der Entwicklungshilfe aufzeigen. Bereits Kolonialmächte verstanden sich als Entwicklungshelfer. So haben die Engländer in Indien ein Schienennetz verlegt, auf dem die Eisenbahn heute noch fährt. Sie haben ihre gigantische Investition natürlich nicht als Geschenk verstanden, sondern als Investition in eine Kolonie, um diese zu beherrschen und auszubeuten. In ihrem Schlepptau kamen Missionare, um sich dem Seelenheil der Eingeborenen zu widmen. In Indien hat der gewaltlose

Widerstand von Mahatma Gandhi 1947 zur Unabhängigkeit geführt. Damit war das Tor für weitere Dekolonisierungen in Afrika und Asien geöffnet.

Mit dem Bekanntwerden von Kolonialverbrechen wurden die Missionare mitverantwortlich gemacht. Eingeschüchtert begannen sie, ihre Aktivitäten von Missionierung, Krankenfürsorge und Schulen auf andere Entwicklungsprojekte auszuweiten. So begann die Pionierzeit der Entwicklungshilfe.

Eine neue Klasse von Entwicklungshelfern machte sich breit. Sie nannten sich Tiersmondistes, also «Drittweltler» – alle bis in die Wolle gefärbte Internationalsozialisten und Weltverbesserer. Sie erkannten sofort, dass sie nur mit der grossen Kelle anrichten konnten, wenn es ihnen gelänge, die Entwicklungshilfe, die bisher auf private Spenden oder kirchliche Unterstützung angewiesen war, dem Staat anzuhängen. Mit der Behauptung, wir – die wir nie Kolonien hatten – hätten eine Bringschuld gegenüber den Entwicklungsländern, gelang es ihnen, das Budget für Internationale Zusammenarbeit, (wie die skandalöse Geldverschwendung für nutzlose Weltverbesserungsprojekte euphemisch genannt wird), auf inzwischen rund fünf Milliarden jährlich aufzublasen.

Markus Eckstein, Goldach SG

Persönliche Wahlempfehlung für den Kanton Luzern

Liebe «Schweizerzeit»-Leserinnen und Leser aus dem Kanton Luzern

Bei den Nationalratswahlen vom 22. Oktober 2023 ist von besonders hoher Dringlichkeit, dass starke Persönlichkeiten gewählt werden, die mit Sachverstand und Beharrlichkeit den Bundesämtern und der Verwaltung auf die Finger schauen. Und vor allem: Dass Politiker nach Bern kommen, die über einen Leistungsausweis aus Beruf und Gesellschaft verfügen, unabhängig und finanziell nicht auf ein Nationalratsmandat angewiesen sind. Denn wie Dr. Ueli Schluer richtig geschrieben hat: Nur solche Politiker leben für den Staat und die Allgemeinheit – und nicht von ihnen.

Bernhard Steiner, Dr. phil. nat. der Biologie und Kinderarzt (Chinderdokter vo Wolhuse), vierfacher Familienvater und Kantonsrat aus Entlebuch, erfüllt exakt diese Anforderungen. Wir haben die einmalige Chance, mit Beni Steiner einen ausgewiesenen Fachmann in Bildungs- und Gesundheitsfragen nach Bern zu schicken, der darüber hinaus auch in allen anderen Themen unsere Gesinnung teilt.

Ich bitte Sie: Wählen Sie im Kanton Luzern SVP und setzen Sie neben Franz Grüter auch **Bernhard Steiner** 2x auf Ihre Nationalratsliste. Herzlichen Dank!

Anian Liebrand



2x auf Ihre Liste

Kinderarzt mit Zivilcourage

Dr. Bernhard Steiner
in den Nationalrat

bernhard-steine.ch

KMU schließt SVP



Das Büro Ha deckt auf!



Heliflug-Beglückte. Nachdem der Bundesrat am 14.6.2023 festgelegt hat, dass nur noch «Stromer» beschafft werden, hat er am 16.6. erneut zugeschlagen und den Kreis der «Berechtigten» massiv erweitert, die die Dienstleistungen des Lufttransportdienstes des Bundes (also Heliflüge) direkt in Anspruch nehmen und bewilligen können. Zu den Beglückten, die einen Heliflug gewonnen haben, gehören in Zukunft der Bundesanwalt, der Präsident des Bundesstrafgerichts sowie der Präsident des Bundesverwaltungsgerichts. Stellen auch Sie einen Antrag auf einen Alpenrundflug, dann können bald alle die noble Welt von oben sehen.

*

Verschandelung des Appenzellerlandes. Das wäre also die «Aussicht» aus dem Appenzellerland oberhalb von Teufen in Richtung Bodensee: Neun Anlagen sollen entstehen, alle höher als der Eiffelturm! Während Jahrzehnten haben die vorstellunglosen Windrädli-Schnorrer jedes Projekt, das nur 1 kg Beton enthielt, vehement bekämpft. Jetzt sind es die gleichen, die zusammen mit den Kantonsregierungen dieses «Windpark-Modell» (und weitere Verschandelungen) als «umweltfreundlich» dem Bürger unterjubeln wollen. Die Urheber und Verfechter dieser Landschaftverschandelung müssen abgestraft werden. Abwählen! Keine Stimme für «Verschandler»!

Tis Hagmann

Korrekte Zahlen – abenteuerliche Auslegung

Wenn die Zahlen etwas anderes sagen

von Markus Melzl, ehem. Kriminalkommissar und Sprecher der Staatsanwaltschaft Basel-Stadt

Mitte September wurde in den Tamedia-Publikationen eine sonderbare Interpretation der Ausländerkriminalität publiziert. Aber nicht im Sinne von Churchill, welcher gesagt haben soll, man dürfe nur jenen Statistiken Glauben schenken, die man selbst gefälscht habe. Nein, die Verfasser des Artikels haben die Zahlen der Polizeilichen Kriminalstatistik korrekt übernommen, diese jedoch abenteuerlich ausgelegt.

Bereits in der ersten Textzeile wird darauf hingewiesen, die SVP habe die Zuwanderung und die Ausländerkriminalität zum Wahlkampf-Kernthema erkoren. Und jetzt bestand natürlich seitens Tamedia das eminente Bedürfnis, die SVP-Warnungen als Lüge zu entlarven. Pech nur, dass dieses Ansinnen gehörig in die Hosen ging. Und weil die nackten Zahlen

für die SVP-Entgegnung nicht taugten, wurde munter herumphantasiert. Der Ausländeranteil an der ständigen Wohnbevölkerung der Schweiz liegt bei 26 Prozent (Zahlen 2022); und dieses runde Viertel ist für 32 Prozent sämtlicher Verstösse gegen das Strafgesetz verantwortlich. Zusammen mit den vier Prozent Asylsuchenden erhöht sich der Kriminalitätsanteil der hier lebenden Ausländer sogar auf 36 Prozent.

Zur Ausländerkriminalität gehören schliesslich auch die 17 Prozent der ausländischen Täter, welche nicht in der Schweiz wohnhaft sind – und ebenso die Kriminaltouristen. Daraus ergibt sich, dass die 74 Prozent jener Menschen in unserem Land, welche das Schweizer Bürgerrecht besitzen, für 47 Prozent und somit für weniger als die Hälfte aller Straftaten verantwortlich sind.

Im betreffenden Artikel wird prominent darauf hingewiesen, dass «je besser Ausländer integriert sind, desto eher wird sich ihr Kriminalitätsniveau an jenes der Schweizer angleichen». Und es wird die Folgerung gezogen, dass sich Ausländer mit Schweizer Familien vernetzen sollten, damit eine Durchmischung stattfinde. Diese Aussage muss man sich auf der Zunge zergehen lassen: Als langjähriger ehemaliger Kriminalist habe ich nur zu oft erlebt, wie diese «Durchmischung» funktioniert. Spätestens wenn die muslimische Tochter mit einem Schweizer Freund ausgehen will, ist Feuer im Dach. Und in nicht wenigen Fällen verfrachtet man das «unmoralische weibliche Familienmitglied» zurück in die Heimat und arrangiert eine Zwangsheirat. Und immer wieder führte diese «Durchmischung» zu Tötungsdelikten innerhalb von Familienstrukturen.

Jeder schweizerischen Polizei- und Strafverfolgungsbehörde sind dramatische Fälle bekannt, bei denen die muslimische Kultur auf die christliche oder atheistische traf. Und weil die Zahlen der Kriminalstatistik

nicht effektiv halfen, der SVP unlautere Methoden vorzuwerfen, orakeln die beiden Artikel-Schreiberlinge über die Gründe der erhöhten Ausländerkriminalität. So wird gefragt, ob die Täter im Dunkelfeld hinsichtlich der Herkunft gleich zusammengesetzt sind; Und sie schreiben von der Kontrollpraxis, welche vermuten lasse, dass ausländische Beschuldigte überrepräsentiert sind. Also wird der Polizei wieder einmal Racial Profiling unterstellt, was in Tat und Wahrheit jedoch Criminal Profiling ist.

Aber im Notfall können sich die links-grünen Romantiker auf eine Studie der amerikanischen Iowa State University berufen, in der die Autoren darauf hinweisen, dass die Klimaerwärmung für den Kriminalitätsanstieg mitverantwortlich sei. Es wäre zum Lachen, wenn es nicht zum Weinen wäre.

Markus Melzl

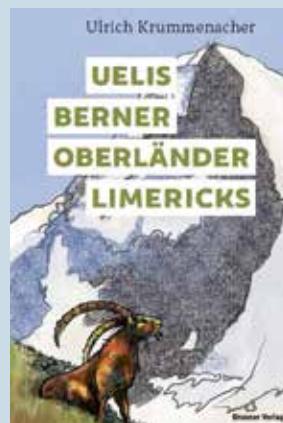
**Ein Steinbock aus dem Oberland
beguckte sich die Eigerwand.**

**«Diese wär bei schönen Wettern
etwas für mich zum Klettern.»**

Zuletzt er sie aber doch zu steil fand.

Der Autor **Ulrich Krummenacher** hat für jede Gemeinde im Berner Oberland einen humorvollen Limerick entworfen. Der Limerick ist eine besondere Gedichtform, deren Alter und Herkunft nicht klar ist. Möglicherweise steht er im Zusammenhang mit der irischen Stadt Limerick. Der Limerick besteht aus fünf Zeilen, wobei die ersten zwei mit der letzten und die zwei mittleren unter sich reimen.

Limericks waren zuerst nur in Englisch bekannt. Die Gedichte haben weder einen realen Zusammenhang mit den Personen noch den Ortsnamen und bestehen meist aus völligem Unsinn. Genau deswegen machen sie Spass beim Lesen.



Uelis Berner Oberländer Limericks
Broschur, 120 x 180 mm, 114 Seiten
Rex Verlag Luzern
ISBN 978-3-03727-092-9

Eine brandgefährliche Aussage

«Es gibt kein Zurück»

Mihajlo Mrakic, Elektrotechnikstudent an der ETH Zürich, SVP-Vizepräsident Schmerikon SG

Spät in der Nacht fuhr ich letzte Woche mit meinem Vater nach einem Ausflug zurück nach Hause. Wir sinnierten wieder einmal. Thema des Gesprächs waren hauptsächlich Orbans Interview mit Tucker Carlson, der Krieg in der Ukraine und die Bedeutung der Geschichte.



Jetzt endlich, wo meine jüngere Schwester uns nicht vorwerfen konnte, wir würden immer nur über Politik sprechen, konnten wir uns in Ruhe unterhalten. Dabei erwähnte ich im Verlauf des Gesprächs, ich hätte mit zunehmendem Alter gemerkt, wie wichtig Geschichtskennnisse sind, damit man sich in politischen Diskussionen einbringen kann. Zukunft braucht

Herkunft. Wer ein Land und seine Bewohner verstehen will, muss ihre Geschichte untersuchen. Die Geschichte gibt Antwort auf die Frage, wer sie sind und wer sie sein möchten. Die Geschichte ist, nach wie vor, ein Faktor der Politik. Mein Vater fragte mich, ob ich mich daran erinnern könne, vor wenigen Jahren das Gegenteil gesagt zu

haben. Wem es denn etwas nütze, über die Vergangenheit Bescheid zu wissen, fragte ich damals etwas provokativ. Irgendwie war er erleichtert über meine Erkenntnis. Besser spät als nie.

Ich möchte nicht überheblich wirken. Aber ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, dass viele der führenden Politiker im Westen nach wie vor wenig aus der Geschichte lernen wollen. Folgendes Beispiel führt mir das vor Augen. «Es gibt kein Zurück!» ist einer der gefährlichsten Sätze, die wir aktuell in den Wortmeldungen zum Angriffskrieg gegen die Ukraine zu hören bekommen. Impliziert wird dabei, die Waffenlieferungen, finanzielle Unterstützungen aus dem Westen und aufgeopferten Soldaten der Ukraine hätten in diesem Krieg ein Ausmass erreicht, welches es unmöglich mache, von dem eingeschlagenen Weg abzuweichen. Was es brauche, seien mehr Waffen, mehr Geld, mehr Soldaten und letztendlich mehr Krieg, wenn man als Sieger hervorgehen wolle.

Weltkriege und Berliner Mauer

Neu ist dieser Satz keineswegs. In der Schatztruhe der Geschichte finden sich zahlreiche Beispiele, die belegen, wie trügerisch und gefährlich die Annahme sein kann, dass «es kein Zurück mehr» gebe. Bereits im ersten Weltkrieg verkündeten die Deutschen, sie hätten bereits Unmengen von Waffen und Männern geopfert und müssten diesen Krieg zu Ende führen. Auch hier wurde behauptet, dass «es kein Zurück mehr» gebe, als die Kriegserklärungen erfolgten. Dennoch endete der Krieg nach vier verheerenden Jahren, und die beteiligten Nationen suchten nach friedlichen Lösungen. Ähnliches ereignete sich im Zweiten Weltkrieg.

Ein weiteres Beispiel aus den Geschichtsbüchern ist die Berliner Mauer in Zeiten des Kalten Krieges. Als die Mauer 1961 errichtet wurde, sagten viele voraus, dass

Mihajlo Mrakic

Mihajlo Mrakic, 21, wird fortan regelmässig Beiträge für die Schweizerzeit verfassen. Er wurde politisch aktiv zunächst als Präsident der Jungfreisinnigen im sankt-gallischen Bezirk See-Gaster. 2021 verliess er die FDP und wechselte zur SVP. Heute ist er Vizepräsident der SVP Schmerikon/SG.

Die Schweizerzeit heisst Mihajlo Mrakic als regelmässigen Korrespondenten herzlich willkommen.

Ulrich Schlüer

Schweizerzeit STIFTUNG

Eine Investition für eine freie, unabhängige Schweiz

Die Schweizerzeit-Stiftung ermöglicht dem Verlag «Schweizerzeit» die Realisierung von Publikationen und Informationsanlässen zur Stärkung der Freiheit, der Unabhängigkeit und der Selbstbestimmung der neutralen, eigenständigen und wehrhaften Schweiz.

Sie unterstützen die Schweizerzeit-Stiftung zum Beispiel, indem Sie in Ihrem Testament ein

Legat

an die Schweizerzeit-Stiftung vorsehen.

Oder Sie können als Stiftungs-Gönner dem Schweizerzeit-Club beitreten.

Dürfen wir Sie ausführlicher dokumentieren?

Schweizerzeit-Stiftung

Dr. Ulrich Schlüer, Geschäftsführer

Tel. 052 301 31 00 / Mail: stiftung@schweizerzeit.ch

die Teilung von Ost- und West-Berlin und Deutschlands unaufhaltsam sei und «es kein Zurück mehr» gebe. Doch 1989 fiel die Mauer, was der Welt und Menschheit zeigte, dass selbst scheinbar unüberwindbare Barrieren überbrücken lassen.

Gefährlicher Denkersatz

Die Worte «Es gibt kein Zurück!» sind brandgefährlich, weil sie als Denkersatz dienen. Massnahmen und Entscheidungen sollen nicht mehr nach den von den von ihnen erwarteten Resultaten, sondern nach den Massstäben des Moralismus beurteilt werden. Der Fokus verschiebt sich von der Notwendigkeit, Gutes zu tun, hin zur Notwendigkeit, positiv wahrgenommen zu werden. Selbst wenn die getroffenen Massnahmen irrational und zwecklos sind, müssen sie aus Prinzip weitergeführt werden, da es angeblich keine Umkehr gibt. Über Alternativen zu sprechen ist nicht erlaubt. Tut man dies, läuft man Gefahr, der Propaganda oder Parteiergreifung für das Böse bezichtigt zu werden. Gleiches gilt übrigens auch, wenn man über die Ursachen eines Krieges sprechen möchte. Verbotener Giftschränk.

Es kann und muss immer ein Zurück geben. Schlägt man einen Weg ein, der sich als sinnlos erweist, kehrt man um. Den Realitätscheck für die Tauglichkeit von politischen Massnahmen erbringen immer die Wirtschaft und der Bund der Ehe. Im Gegensatz zu den Politikern

müssen hier die im Problem verwickelten Personen auch die Konsequenzen ihrer Entscheidungen tragen. Führt ein Geschäftsmann sein Unternehmen auf dem falschen Weg, geht dieses früher oder später bankrott und er selbst verarmt. Bleiben Ehepaare bei Streitigkeiten auf dem Pfad, der sie immer wieder dorthin führt, wird die Ehe auseinanderbrechen. Wie oft hört man in diesem Zusammenhang, es könne nicht mehr so weitergehen.

Aus der Vergangenheit lernen

Auch im Ukrainekrieg kann es nicht so weitergehen. Viktor Orban hat es treffend gesagt – der Konflikt in der Ukraine wird in Verhandlungen beigelegt werden, wie es die Geschichte gebietet. Er spricht als jemand, der die Repressionen der Sowjets als junger Widerstandskämpfer erlebt hat und weiss, wie man mit den Russen umgeht.

Die Vergangenheit lehrt uns, dass selbst in den finsternen Stunden der Menschheitsgeschichte die Türen zur Umkehr und zur Suche nach einer friedlichen Verhandlungslösung nie vollständig verschlossen waren. Orban hat aus der Vergangenheit gelernt und wir sollten es ihm gleichtun. Deshalb sollten wir skeptisch sein, wenn wir Sätze hören, wie «Es gibt kein Zurück!» und der damit implizierten Alternativlosigkeit. Nichts ist im Leben alternativlos. Auch nicht das Vorgehen des Westens in diesem Krieg.

Mihajlo Mrakic

Sascha SCHMID

Mike EGGER bisher

in den Nationalrat

Büeze für d'Heimat

2X

am 22. Oktober auf Ihre Liste

SVP
Die Partei des Mittelstandes
Liste 1

FITNESS ISLAND

FEUER | WASSER | SALZ

Industriestrasse 25, 9552 Bronschhofen, www.fitness-island.ch

Onlineshop: www.4spa.ch



FI – wo Eidgenossen trainieren und sich erholen. Schweizerzeit – Wellnesszeit.



Sport- und Relaxbad



Flosten im Salzwasser



Massagen und Kosmetik



Restaurant



Restaurant Bad



Totes Meer Therapie



Wasserkurse



Dampfbad



Biogauna



Feuersauna



Dachterasse



Alphasphere



Fitness



Gartenanlage mit Salzwasser



Salzraum



Ruheraum

Die Neutralität der Schweiz blickt auf eine bereits lange Geschichte zurück. Eine wichtige Etappe auf dem Weg zur «immerwährenden bewaffneten Neutralität» war das Defensionale von Wil im Jahr 1647, als die Eidgenossenschaft Konsequenzen zog aus dem Europa nachhaltig zerstörenden Dreissigjährigen Krieg.

*

Der Dreissigjährige Krieg (1618–1648) hat vor vierhundert Jahren insbesondere das Deutsche Reich auf schwerste heimgesucht – ganze Landstriche wurden völlig entvölkert.

Den eidgenössischen Ständen gelang es zwar, die Eidgenossenschaft aus dem verderblichen Geschehen herauszuhalten. Die Eidgenossenschaft blieb neutral, obwohl die Zentralschweiz mit den katholischen Kaiserlichen, die Zürcher und Berner mit den Schweden und den Protestanten sympathisierten.

Einzig die Bevölkerung im heutigen Graubünden wurde vom Krieg hart getroffen. Denn das Veltlin und die Bündner Pässe waren heiss-umkämpftes Nadelöhr für den aus Spanien via Mailand den katholischen Habsburgern zukommenden Kriegsnachschub – die «Bündner Wirren» mit ihren tragischen Folgen für die Bevölkerung Bündens auslösend.

*

Der Abschluss von Soldverträgen – Grundlage für Söldner-Dienste von Schweizern in fremden Heeren – war bis zu jenem Zeitpunkt jedem Stand der Eidgenossenschaft gestattet. Ebenso die Erteilung von Durchmarsch-Rechten an fremde Armeen. Dabei war die Situation freilich so, dass die Tagsatzung der Eidgenossenschaft einen entsprechenden Entscheid eines Kantons nicht hätte verhindern können. Die Eidgenossenschaft war militärisch zu schwach, von ihr getroffene Beschlüsse auch durchzusetzen. Auch eine Grenzbesetzung zum Schutz der Eidgenossenschaft konnte höchstens für kleine Teilabschnitte durchgesetzt werden.

Fragen des Grenzschutzes wurden den Eidgenossen zunehmend bewusst. Insbesondere auch, weil der schwedische König Gustav Adolf, Anführer der Protestanten, die

Eidgenossen immer wieder zur Kriegsteilnahme zugunsten der Reformierten zu überreden versuchte. Neutralität gegenüber den Reformierten beurteilte der schwedische König als Heuchelei und Verrat.

*

Die Eidgenossen hielten dem Druck stand – bis sich der schwedische General Hoorn, vor Donauwörth stehend, unversehens mit der Tatsache konfrontiert sah, dass neuntausend Spanier aus Mailand via Veltlin nach Süddeutschland auf dem Marsch waren, um den Kaiserlichen zu Hilfe zu kommen. Um die Spanier zu stoppen, wollte Hoorn Konstanz erobern. Und zwar von der Schweizer Seite her. Er verlangte von den Eidgenossen, ihm den Grenzübergang bei Gottlieben zu gestatten. Und unterstrich diese Forderung, indem er mit dreitausend Reitern vor Stein am Rhein auftauchte. Stein am Rhein verfügte über keinerlei militärische Abwehr – und musste den Durchmarsch ohnmächtig gewähren.

Eine zweite Grenzverletzung fand in der Nähe von Basel statt, nachdem die Kaiserlichen am 7. Oktober 1633 den Schweden die Stadt Rheinfelden entrissen hatten. Die Österreicher wollten darauf vom österreichischen Fricktal südöstlich an Basel vorbei in den österreichischen Sundgau gelangen. Dieser Durchmarsch erfolgte dann vom 8. bis 10. Oktober 1633.

Eine Passage von Österreich nach Österreich via eidgenössisches Territorium wurde damals nicht als Neutralitätsverletzung gewertet. Die Eidgenossen aber erkannten, dass sie militärisch nicht im entferntesten in der Lage waren, den Durchmarsch von österreichisch-kaiserlichen Truppen zu verhindern. Basel gestattete den Durchmarsch nolens volens. Die von den Österreichern ebenfalls erhobene Proviantforderung wurde indessen mit dem Hinweis auf eigene Not an Lebensmitteln schroff abgelehnt.

Viereinhalb Jahre später, am 28. Januar 1638 verschob schliesslich Herzog Bernhard von Weimar als Verbündeter Frankreichs ein protestantisches Heer von sechstausend Mann via Delsberg, Muttenz und Pratteln ins

Akzent

Das Defensionale von Wil (1647)

Christian Glur 

in den Nationalrat

Eine vo eus, für eusi Schwiiz

2x auf Ihre Liste

Liste 1



 Die Partei des Mittelstandes

Für Perspektiven statt Wunschdenken.
Mit Verstand und Kompetenz nach Bern!

2x
AUF IHRE LISTE

CHRISTOPH HAGENBUCH
Landwirt, Unternehmer, MSc ETH Agr
in den Nationalrat

www.christoph-hagenbuch.ch

österreichische Fricktal – ohne jede Bewilligung. Dies war eine krasse Grenz- und Neutralitätsverletzung.

*

Obwohl der Dreissigjährige Krieg in der Eidgenossenschaft – abgesehen von Bünden – kaum schwere Schäden verursachte, gewann die Idee der Neutralität zunehmend Zustimmung:

Nie mehr solle die Eidgenossenschaft in die Lage geraten, sich allenfalls gezwungenermassen an einem Krieg beteiligen zu müssen.

Die Tatsache gewordenen Grenzverletzungen liessen an Tagsatzungen und in den betroffenen Ständen die Überzeugung wachsen, die Eidgenossen müssten sich die Mittel verschaffen, womit der Durchmarsch fremder Militärfürkräfte zu verhindern sei. Ein entsprechender Beschluss kam 1647 mit dem Defensionale von Wil zustande – eine wichtige Weichenstellung hin zum Konzept der bewaffneten Neutralität.

*

Bereits im Juli 1640 waren erste Pläne zur Schaffung und Ausgestaltung eines eidgenössischen Militärwesens entworfen worden. Im Defensionale von Wil 1647 wurden sie zusammengefasst und von der Tagsatzung als Beschluss der Eidgenossenschaft verabschiedet. Mit dem Defensionale von Wil wurde erstens ein eidgenössischer Kriegsrat geschaffen, zuständig für Bildung und gegebenenfalls Einsatz eines eidgenössischen Heeres. Dieses Heer sollte 12'000 Mann plus 24'000 Mann Reserve, insgesamt also 36'000 Mann umfassen – gestellt von allen Kantonen, den zugewandten Orten und den gemeinen Herrschaften. Das Heer sollte in Infanterie, Artillerie, Reiterei und Versorgung gegliedert werden.

Die Hauptprobe für die gemeinsame Verteidigung mit einem eidgenössischen Heer musste bestanden werden, als Schweden Bregenz eroberte und das Rheintal bedrohte. Die damalige Bedrohung konnte abgewendet werden. Die von Schweden anvisierte Besetzung des Rheintals fand nicht statt. Der Gedanke eines gemeinsamen eidgenössischen Heers setzte sich durch.

Ulrich Schlüer

«Es sagte» ... Wettbewerb

Von welcher Persönlichkeit stammt die folgende Aussage?

<<WENN SIE DREIMAL SO VIELE WINDKRAFTWERKE BAUEN, UND ES GIBT KEINEN WIND, IST EBEN AUCH KEIN STROM DA. DREI MAL NULL WIND IST NULL STROM>>

Diese Aussage formulierte:

- A** Robert Habeck, Vizekanzler und Wirtschaftsminister Deutschlands;
- B** Balthasar Glättli, grüner Nationalrat;
- C** Prof. Fritz Vahrenholt, deutscher Umweltwissenschaftler und Buchautor;
- D** Peter Bodenmann, alt Nationalrat SP und Energiepolemiker.

(Zutreffendes bitte ankreuzen)

Die Antwort senden Sie bitte bis spätestens **Mittwoch, 4. Oktober 2023** an:

«Schweizerzeit», Postfach 54, 8416 Flaach,
E-Mail: info@schweizerzeit.ch

Vergessen Sie Ihren Absender nicht.

Sämtliche Einsender von richtigen Antworten nehmen an einer halbjährlich stattfindenden Verlosung teil. Die Gewinnerin oder der Gewinner wird zu einer Schweizerzeit-Tafelrunde eingeladen, einem Nachtessen für zwei Personen mit dem Schweizerzeit-Verlagsleiter Ulrich Schlüer als Gastgeber.

Die richtige Antwort auf die Wettbewerbsfrage lesen Sie in der Schweizerzeit Nr. 20 vom 13. September 2023.

Churz & Bündig

Bundesrätin Baume-Schneider, Verantwortliche für das Asyl-Unwesen in der Schweiz, beteuert: Es sei ausserordentlich schwierig, gegenüber einem als Asylbetrüger Entlarvten einen Asylwiderruf zu verfügen. Das stimmt natürlich dann, wenn man als Mitglied der Landesregierung gegenüber Betrügern nur noch mit «Bittibätti» aufzutreten sich getraut.

us

Nicole
Burger
in den Nationalrat

Mehr Freiheit und mehr Demokratie -
dafür stehe ich ein.



2x auf Ihre Liste 1



... und Benjamin
Giezendanner in den
Ständerat

Aargau: Bessere Deutschkenntnisse bei Einbürgerungen

Die SP der Stadt Luzern forderte in einem Vorstoss, dass Abstimmungsbroschüren auf Englisch und in weitere Sprachen übersetzt werden müssen, da durch das heute geforderte tiefe Sprachniveau, Fremdsprachige oft Mühe hätten, die Abstimmungsinformationen zu verstehen. Aus meiner Sicht ein völlig falscher Ansatz. Wenn man für Schweizer Bürger von Staates wegen Übersetzungen organisieren muss, kann etwas nicht stimmen. Ziel muss sein, die sprachliche Integration von Einbürgerungswilligen stärker zu fördern. Die Sprache ist der Schlüssel zu Land und Leuten, zur Gesellschaft, Arbeitswelt, Kultur und Politik.

Deshalb habe ich im Januar einen Vorstoss im Aargauer Grossen Rat eingereicht, der verlangt, dass das geforderte Sprachniveau für Einbürgerungswillige erhöht wird, so dass ein Gespräch mit Muttersprachlern ohne Probleme und ohne Übersetzer möglich ist.

Der Vorstoss wurde diesen Frühling nach intensiver Diskussion gegen den Willen der Regierung und der Linken knapp überwiesen. Sie argumentierten, dass es dadurch in Zukunft weniger Einbürgerungen geben werde. Das Einbürgerungsgesetz ist aber natürlich nicht dazu da, möglichst viele Einbürgerungen zu generieren. Der Aargau wird nun in Zukunft über das strengste Einbürgerungsgesetz schweizweit verfügen. Damit erübrigen sich auch Forderungen nach Übersetzungen in Englisch und viele weitere Sprachen für Eingebürgerte.

Die Einbürgerung ist der Abschluss einer erfolgreichen Integration – nicht umgekehrt! Wir bestimmen selbst, welche Anforderungen an Einbürgerungswillige gestellt werden. Dies soll so bleiben.

Darum lehne ich auch ein Grundrecht auf Einbürgerung und jeglichen Automatismus im Einbürgerungsbereich vollumfänglich ab.

*Christoph Riner, Grossrat seit 2009,
Nationalratskandidat SVP Aargau*

Nationalratswahlen vom 22. Oktober 2023

- Kaufmann, 1977, Zeihen
- Grossrat seit 2009
- Präsident TCS Untersektion Fricktal-Rheintal
- Präsident Einbürgerungskommission des Grossen Rates 2016

www.christoph-riner.ch

echt bodenständig

Christoph Riner

In den Nationalrat **2x** auf Ihre Liste

Benjamin Giezendanner in den Ständerat

SVP Die Partei des Mittelstandes

Asylbetrüger

Wir bürgern sogar Illegale ein

Die Schweiz gehört zu den Top-Einbürgerungsländern Europas. Nur Luxemburg und Schweden haben eine noch höhere Einbürgerungsrate. Im letzten Jahr hat die Schweiz fast 42'000 Ausländer eingebürgert. Das entspricht dem Doppelten der Bevölkerung der Stadt Aarau. Seit dem Jahr 2000 wurden gegen eine Million Ausländer eingebürgert.

Doch nicht nur diese schieren Zahlen geben zu denken. Der Bund hat in den letzten Jahren sogar rund siebentausend Illegale eingebürgert, wie die „Weltwoche“ unter Berufung auf eine parlamentarische Anfrage von Nationalrätin Martina Bircher (SVP/AG) schreibt. Ein staatspolitischer Skandal erster Güte! Darüber freuen sich die Linken. Sie fordern unverhohlen, dass Illegale legalisiert werden. Die SP will gar den Flüchtlingsbegriff von der politischen Verfolgung entkoppeln und ein Zuwanderungsrecht für die ganze Welt schaffen – mit direktem Zugang in unseren Sozialstaat.

Das Kalkül ist klar: Die Schweiz soll sich auflösen wie ein Stück Zucker im Kaffee. Wer will, dass die Schweiz die Schweiz bleibt, wählt bei den Eidgenössischen Wahlen am 22. Oktober SVP!

Philipp Gut

Dr. Philipp Gut, Inhaber einer Kommunikationsagentur, Autor zahlreicher historischer Werke und ehemaliger Chefredaktor, kandidiert auf der Liste der SVP im Kanton Aargau für den Nationalrat.

Am 22. Oktober 2x auf Ihre Liste

Gut gewählt, gut für uns

PHILIPP GUT in den Nationalrat

In den Ständerat Benjamin Giezendanner

SVP Die Partei des Mittelstandes

Anreize für gesundheitsbewusstes Verhalten schaffen

Kaufkraft stärken

von Sibylle Jeker, Kantonsrätin SVP, Büsserach SO

Ausufernde Gesundheitskosten, steigende Mieten und Strompreise, teurere Lebensmittel bei Grossverteilern und im Dorflädeli – in fast allen Lebensbereichen steigen die Preise, teils sogar massiv. Bei gleichbleibendem Einkommen sinkt somit die Anzahl der Dienstleistungen und Produkte, die wir uns leisten können.

Wir mussten in den vergangenen Monaten die unschöne Erfahrung machen, dass Ende Monat weniger Geld auf dem Konto oder im Portemonnaie übrig ist – obwohl wir uns doch gar nicht mehr gönnt haben. Die Folge: Die Haushaltsbudgets müssen gestrafft werden. Der Handel und die Hersteller verbuchen weniger Einnahmen und müssen ihrerseits den Gürtel enger schnallen.

Um die Spirale des Kaufkraftverlustes aufzuhalten ist es höchste Zeit, sachliche Kompromisslösungen zu finden. Gift in dieser Situation sind sture Köpfe und Denkblockaden. Am 22. Oktober stehen die eidgenössischen Wahlen an. Das gibt dem Stimmvolk die Möglichkeit, Menschen in den National- und Ständerat zu wählen, die in der Lage sind, Lösungen zu finden.

Letztes Jahr sind die Krankenkassenprämien bereits um 6,6% gestiegen. Für 2024 wird mit einem noch

höheren Anstieg gerechnet. Seit einer gefühlten Ewigkeit diskutieren wir über explodierende Gesundheitskosten bzw. Krankenkassenprämien – passiert ist herzlich wenig. Diese Kosten lasten schwer auf den Haushalten; die Prämien fressen bis zu einem Fünftel des Familienbudgets weg – Tendenz steigend.

Das Ziel der eidgenössischen Räte muss es sein, die Kosten zu senken und zeitgleich die Qualität unserer zweifelsohne hervorragenden Gesundheitsversorgung hoch zu halten. Mit Sicherheit kein Medikament gegen Kostenexplosionen ist eine einheitliche Krankenkasse, wie sie von links gefordert wird. Ohne Wettbewerb zwischen den Kassen droht mehr Stillstand und Behäbigkeit. Ebenso abzulehnen ist ein einkommensabhängiges System, das genau jene Haushalte bestrafen würde, die schon via Steuern die Staatskasse füllen, aber nicht übermässig für steigende Gesundheitskosten verantwortlich sind.

Ein lohnender Ansatz sind hingegen Anreize für Menschen, die sich bewusst für günstigere medizinische Alternativen wie Generika und ein gesundheitsbewusstes Verhalten entscheiden. Lohnend wäre auch eine Überarbeitung der Grundversorgung im Asylwesen. Es kann nicht angehen, dass Asylbewerber ein grösseres Budget für medizinische Massnahmen zur Verfügung haben – inklusive Zahn- und Augenarzt – als eine ganze schweizerische Familie. Im kommenden Jahr 2024 läuft der entsprechende Vertrag zwischen der Krankenkasse CSS und dem Staatssekretariat für Migration ab. Ein idealer Zeitpunkt also, um hier neu anzusetzen – und mal konkret zu sparen.

Sibylle Jeker



Rémy Wyssmann
in den Nationalrat

2 x auf Ihre Liste

Im Kanton Solothurn bezahlen wir «Top Löhne» für ein selbsternanntes «Top Kader». Dazu können wir Stimmbürger nichts sagen, nur bezahlen!

Im Gegensatz dazu können am 22. Oktober wir bestimmen, welche Top Leute in den Nationalrat gehören. Deshalb empfehle ich Remy Wyssmann 2x auf jede Liste.

Er ist unser «Macher und Chrampfer», welcher auch nicht wegschaut, wenn's ungemütlich wird. Remy ist einer von uns und für uns, egal ob Bützer, Landwirt, Unternehmer, AHV-IV Bezüger ...

Sein unermüdlicher Einsatz soll mit einem NR-Mandat belohnt werden.

Zudem zählen für ihn Werte wie Transparenz, Ehrlichkeit und Authentizität, welche auch für mich wichtig sind und gerade in der Politik zu wenig zum Tragen kommen.

André Müller, Produktionsleiter und Gemeinderat SVP Neuendorf, NR-Kandidat

Liste 5 www.remy-wyssmann.ch

SCHWEIZER QUALITÄT
SVP
Die Partei des Mittelstandes



Sibylle Jeker-Fluri
in den Nationalrat

www.sibylle-jeker.ch

«Als politisch engagierte Frau vertrete ich eine moderate Ausrichtung. Ich vertrete die Anliegen der Bevölkerung bürgernah und befürworte wirtschaftlich tragbare Lösungen.»

2 x auf Ihre Liste

Liste 5

SCHWEIZER QUALITÄT
SVP
Die Partei des Mittelstandes



So bekämpfen wir die Inflation

von Matthias Borner, Nationalratskandidat SVP Kanton Solothurn, Olten

Alles wird teurer. Ursprünglich ausgelöst durch die langfristige Geldschwemme der Nationalbanken, aber auch wegen der gescheiterten Energiewende und dem Angriffskrieg gegen die Ukraine, schlägt die Inflation für uns alle durch. Die Reallöhne sinken, die Bürger können sich weniger kaufen.

«Inflation» misst sich daran, was am Ende übrigbleibt, nachdem die Leute ihre üblichen Ausgaben getätigt haben. Die Inflation kann jedoch wirksam bekämpft werden. Dazu vier konkrete Bereiche.

- **Staatsquoten-Wachstum.** Da der Staat schneller wächst als die Wirtschaft, müssen immer höhere Steuern bezahlt werden, um dieses Wachstum zu finanzieren. *Darum setzt sich die SVP gegen das massive Wachstum des Staates ein.*

- **Energiepreise.** Die Energiewende ist gescheitert. Wenn die Energiekosten steigen, dann schlägt das überall durch: Heizen, die Produktion und der Transport werden teurer. *Darum setzt sich die SVP für einen nachhaltigen Strommix und für eine sichere, kostengünstige Stromversorgung ein.*

- **Nettozuwanderung.** Im Jahr 2022 kamen zusätzlich über 180'000 Personen in die Schweiz. Da muss man sich nicht wundern, wenn die Immobilienpreise und auch die Mieten steigen. *Darum setzt sich die SVP für eine nachhaltige Zuwanderungspolitik ein.*

- **Staatliche Schuldenpolitik.** Das Geld ist beim Bürger am besten aufgehoben.

Darum setzt sich die SVP für nachhaltige Finanzen und eine behutsame Schuldenpolitik ein.

Mit diesen wirksamen Instrumenten bekämpft die SVP die Inflation. Wählen Sie darum am 22. Oktober SVP.

Matthias Borner

Matthias Borner

in den Nationalrat

www.matthias-borner.ch

Dä setzt sich ii.

Liste 5

Die Partei des Mittelstandes

2 x auf Ihre Liste

Motion Hess (SVP/BE) angenommen

Ausbau der A1 endlich auf sechs Spuren

von Erich Hess, Unternehmer und Nationalrat, Bern

Mit meiner Motion wird der Bundesrat beauftragt, die Autobahn A1 auf den Streckenabschnitten Zürich-Bern und Lausanne-Genf auf sechs Spuren auszubauen. National- und Ständerat haben nun zugestimmt.

Mit 410 km ist die A1 die längste Autobahn der Schweiz. Sie macht rund einen Fünftel des gesamten Nationalstrassennetzes aus und verbindet die Schweizer Zentren Genf, Bern, Zürich und St. Gallen auf der Ost-West-Achse.

Die massive und ungebremste Zuwanderung hat massgeblich dazu beigetragen, dass das Verkehrsaufkommen auf dieser zentralen Achse massiv zugenommen hat. Staus sind an der Tagesordnung. Einige Teilabschnitte (u.a. zwischen Härkingen und Wiggertal) wurden bereits auf sechs Spuren ausgebaut. Eine weitere Etappe ist in Planung. Dennoch gehört die A1 heute zu den chronisch überlasteten Strecken des Landes. Die Nutzung dieser wichtigen Verkehrsachse wird in naher Zukunft weiter zunehmen. Es ist daher angebracht, dass der Bundesrat den generellen Ausbau der Autobahn A1 auf sechs Spuren forciert. Der Nationalrat hat meine Motion mit 94 zu 87 Stimmen angenommen.

Damit folgte die Grosse Kammer dem Antrag des Bundesrates. Kürzlich hat auch der Ständerat zugestimmt.

«Wir sind auch der nächsten Generation eine gute Verkehrsinfrastruktur schuldig. Wir wollen sowohl die Schienen- als auch die Nationalstrasseninfrastruktur ausbauen», sagte Bundesrat Albert Rösli, Vorsteher des Departements für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (Uvek), im Nationalrat. Der Bundesrat wolle die A1 dort auszubauen, wo sie chronisch überlastet sei. Damit werde auch der Ausweichverkehr durch betroffene Dörfer eingedämmt. Überrascht von der Haltung des Bundesrates zeigten sich logischerweise die Autogegner – namentlich Vertreterinnen und Vertreter der Grünen, der GLP und der SP – die sich gegen die Motion stellten. Am 22. Oktober 2023 haben wir an der Urne die Möglichkeit, den rot-grünen Kreuzzug gegen die individuelle Mobilität zu stoppen. Wählen Sie bürgerlich – oder noch konsequenter SVP!

Erich Hess



**Wählbar im ganzen
Kanton Bern!**



Erich Hess
wieder
in den **Nationalrat**

**Haben Sie Fragen zum
Ausfüllen der Wahlunterlagen?
Wahlinfo-Telefon: 031 398 42 00
Montag bis Sonntag, von 8 bis 23 Uhr**

2x auf
Liste 1



bisher



Schluss mit der Stadtberner Kuschelpolitik

Die Welt in Flammen

von Thomas Fuchs, a. Nationalrat und Grossrat, Bern

Die SVP verlangt seit jeher, dass die Stadt endlich Konsequenzen gegen die Gewalt zieht und den rechtsfreien Sumpf im Umfeld der Reithalle trockenlegt. Die rot-grüne Mehrheit im Stadtrat (Parlament) sieht dies jedoch anders. Die Folgen der städtischen Kuschelpolitik gegenüber den kriminellen Handlungen tragen die Bürger, die Steuerzahler und die verletzten Kantonspolizisten.



Gerade weil die Welt im Flammen steht, ist es nicht ratsam, auch noch mit dem Benzinkanister herumzulaufen. Diese Weisheit sollte man nicht in den Wind schlagen. Dennoch tut es Bundesbern kontinuierlich.

Beispielsweise punkto schweizerische Neutralität. Unsere integrale, immerwährende und bewaffnete Neutralität, die uns über Jahrhunderte vor schlimmen Kriegsfolgen bewahrt hat, wird mehr und mehr schrittweise preisgegeben. Dies zugunsten einer sogenannten aktiven Neutralität (Calmy-Rey) und neuerdings einer «kooperativen» Neutralität (Cassis). Beide Konzepte laufen auf eine grössere Einmischung der

Schweiz in fremde Händel hinaus, vor der uns schon unser nationaler Schutzpatron Niklaus von der Flüe im Mittelalter gewarnt hatte (Marignano lässt grüssen).

Für die Weiterführung unserer altbewährten Neutralität tritt die traditionelle Schweiz ein mit alt Bundesrat Dr. Christoph Blocher – dies mit der kürzlich lancierten Neutralitätsinitiative. Diese Initiative verdient unsere volle Unterstützung. Dies auch deshalb, weil die Schweiz nun für zwei Jahre im Sicherheitsrat der Uno Einsitz genommen hat. Das bringt uns absolut keinen Nutzen, sondern nur zusätzliche Probleme. Dieser Einsitz war ja auch nur auf die Befriedigung internationalistischer Profilierungsgelüste einer Handvoll einheimischer Karrierediplomaten und -politiker ausgerichtet. Die jeweilige internationale Positionierung der Schweiz im Sicherheitsrat wird uns noch grosse Sorgen und hohe Kosten bereiten.

Fortsetzung auf Seite 40

Junge SVP Alle je 2x auf **Liste 2**

Kanton Bern Wahlzettel für die Nationalratswahlen 2023
Canton de Berne Bulletin pour l'élection du Conseil national 20

Liste Nr. / N° de liste	Parteibezeichnung / Parti	Muster	
2	Junge SVP		
Kand.-Nr. / N° des candidats	Namen der Kandidatinnen und Kandidaten / Nom des candidats et candidates	Kand.-Nr. / N° des candidats	N
02062	Sandra Schneider		
02062	Sandra Schneider		
02038	Janosch Weyermann		
02038	Janosch Weyermann		
01031	Erich Hess		
01031	Erich Hess		

Janosch Weyermann **Sandra Schneider**

zusammen mit Erich Hess (bisher) in den Nationalrat

Wählbar im ganzen Kanton Bern!

Werner Salzmänn
wieder in den Ständerat!

Kanton Bern Wahlzettel
Canton de Berne Ständeratswahlen vom 22. Oktober 2023
Bulletin
Élection du Conseil des États du 22 octobre 2023

1. **Werner Salzmänn**

Feiger vorauseilender Gehorsam

Wohlverstanden: Gegen die Globalisierung an und für sich – verstanden als weltweite Zusammenarbeit unter Wahrung unserer eigenen politischen und wirtschaftlichen Interessen – ist nichts einzuwenden, im Gegenteil. Aber es darf nicht sein, dass wir deswegen unsere Unabhängigkeit, unsere demokratischen Prinzipien und unser Neutralitätsverständnis rein wirtschaftlichen (Exportwirtschaft) oder prestigeesüchtigen internationalistischen Interessen preisgeben und uns deshalb Grossmächten oder internationalen Organisationen (EU, OECD) oder internationalen Gerichten (EuGH, EMRK) oder gar dem Diktat irgendwelcher NGOs sklavisch unterordnen.

Klar, einen kleinen internationalen Hammer hat die Schweiz, vorweg wirtschaftlicher Art. Nur sollte man damit nicht mehr als zwingend nötig zuschlagen. Denn Nägel krümmen sich, wenn man nicht richtig draufhaut, und mit gekrümmten Nägeln lässt sich nicht mehr viel erreichen. Und bei weitem nicht alle internationalen Nägel müssen von der Schweiz mit ihrem kleinem Hammer eingeschlagen werden. Auch mit einem kleinen unvorsichtig gehandhabten Benzinkanister riskiert man, einen grossen Feuerbrand zu entfachen. Und hoffentlich wird man nicht erst aus dem Schaden klug.

Thomas Fuchs



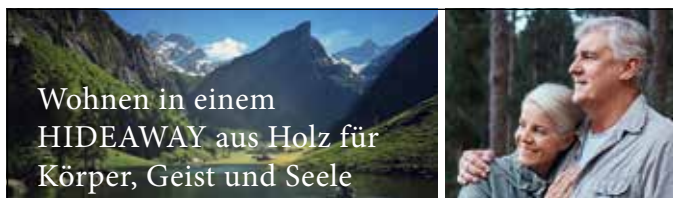
Das Büro Ha deckt auf!



Weltbevormundung? Hier die Folgen des WHO-Pandemie-Vertrages, der uns für immer unter die Knechtschaft der Globalisten stellen wird: Zentralisierung der Macht in den Händen der WHO (Weltgesundheitsorganisation) ohne Mitsprache der Mitgliedsländer. Rechtsverbindlichkeit; die WHO entscheidet, wann wir eine Pandemie haben. Überwachung und Datenaustausch sind global im Vertrag geregelt; es ist die totale Kontrolle über den Bürger. Kontrolle aller Informationen, Einschränkung der Meinungs- und Pressefreiheit. Planung eines allgemeinverbindlichen «Gesundheitspasses». Ebenfalls vorgesehen ist eine universelle «Gesundheitsgerechtigkeit»; das heisst, die Bürger reicherer Länder werden gezwungen, auf bestimmte Bereiche der Grundversorgung zu verzichten, wobei «Empfangnisverhütung, Sterilisation, Abtreibung, und Impfungen» (sprich Bestandesreduktion) eingeschlossen sind. Mit der Unterzeichnung geben wir grundlegende Freiheiten auf.

Es ist das Ziel der WHO, den Vertrag weltweit 2024 in Kraft zu setzen. Dieser Unsinn muss gestoppt werden!

Tis Hagmann



Wohnen in einem
HIDEAWAY aus Holz für
Körper, Geist und Seele



APPENZELLER HUUS
A Lifestyle Wellness
Community

**2.5- bis 4.5-Zimmer-
Eigentumswohnungen
und Serviced Apartments als
attraktive Anlagemöglichkeit
im idyllischen Gonten im
Appenzellerland**

- Exklusivität bis ins Detail
- Mitnutzung eines 5-Sterne-Wellness-Bereichs
- Natürliche Bauweise aus lokalem Massivholz
- Traumhafte Lage nahe beim Golfplatz
- Neubauprojekt - Bezug ab Ende 2024 / Anfang 2025



appenzellerhuus-wohnen.ch
verkauf@appenzeller-huus.ch
+41 071 510 95 95

Alle Botschaften sind in dir!

Wie du alles Schwere hinter dir lässt und DEIN Leben lebst. Der 4. Januar 2021 veränderte das Leben von Armin Bützberger.



Nach einem lebensbedrohlichem Riss der Hauptschlagader erlebt er eine Nahotoderfahrung. Die Grundbotschaft dieses Buches lautet: Lassen wir die Angst vor dem Tod – und überhaupt alle Ängste – hinter uns und beginnen wir, UNSER Leben zu leben, losgelöst von (fremden) Erwartungen, alten

Glaubenssätzen, falschen Kompromissen. Ein Buch, das auch anderen Menschen helfen kann, ihr Leben neu zu beginnen – ja, neu geboren zu werden und ihr wahres Leben zu leben.

Erhältlich über Buchhandlungen:

ISBN: 978-3-033-09315-7 oder
www.coaching-buetzberger.ch



swiss-classic-car.ch



Industriestrasse 10 | 8117 Fällanden
044 701 22 44

Die Linken bringen die offene Drogenszene zurück Hinter feindlichen Linien



In den 1960er, 70er und 80er Jahren verharmlosten die Linken den Drogenkonsum. Sie machten die Drogen zu ihrem Lebensstil und bauten eine eigentlicher «Drogenkultur» auf. Musiker spritzen sich sogar auf der Bühne Heroin. Dies missverstanden die Hippies als Ausdruck von Freiheit. Es verwundert nicht, dass der linke Zeitgeist ins menschliche Elend führte. Spätestens in den 80er-Jahren erfolgte der gesellschaftliche Absturz. Allein in der Stadt Zürich spritzten sich bis zu 3'000 Süchtige täglich Heroin. «Spritzen, Blut und Erbrochenes bedeckten den Rasen auf dem Platzspitz», erinnert sich die NZZ in einem Artikel vom 21. August 2023 an die schreckliche Zeit zurück. Diese Epoche ist lange her.

Das Drogenelend kann aber schneller zurückkommen, als viele meinen. Man muss nur ins nahe Ausland schauen. So hat zum Beispiel Paris seit einigen Jahren ein grosses Crack-Problem. Crack ist eine Droge, die aus Kokain und Natron gewonnen wird und sehr schnell abhängig und aggressiv macht. 2019 zählte Paris bereits über 13'000 Süchtige. Im Norden der Stadt räumte die Polizei letztes Jahr ein Crack-Zeltlager. Die

Situation erinnerte an den Zürcher Platzspitz in den 1980er-Jahren. Anfang des letzten Jahres begann sich Crack auch in der Schweiz zu verbreiten. In Genf mit seiner Nähe zu Paris explodierte später der Konsum.

Im März 2023 forderte die SVP deshalb den Stadtrat mit parlamentarischen Interventionen auf, die Ausbreitung der Droge Crack in Zürich mit allen Mitteln zu verhindern. Damals gab es noch keine neue offene Drogenszene. Aber der linke Stadtrat handelte nicht. Heute haben wir in der Bäckeranlage wieder eine offene Drogenszene. «Die Bäckeranlage heute erinnert an Platzspitz in den 80ern», schrieb «20 Minuten» am 25. August 2023. Dies ist das Versagen des Stadtrates, der nicht auf die Warnrufe hören wollte, weil sie von der SVP kamen. Der Stadtrat ist unter Führung von Rot-Grün. SP, Grüne und AL als linke Mehrheit des Gemeinderats verhinderten letzte Woche sogar einen SVP-Vorstoss, der die offene Drogenszene räumen wollte. Linke Politik führt immer ins Elend. Am 22. Oktober bei den eidgenössischen Wahlen können wir unser Land wieder auf den rechten Kurs bringen.

Samuel Balsiger

Samuel Balsiger ist Gemeinderat und Fraktionspräsident in der Stadt Zürich. In seiner Kolumne schreibt er über die Irrungen der linken Politik.

Herbsttag

Herr: Es ist Zeit. Der Sommer war sehr groß.
Leg deinen Schatten auf die Sonnenuhren,
und auf den Fluren laß die Winde los.

Befiehl den letzten Früchten voll zu sein;
gieb ihnen noch zwei südlichere Tage,
dränge sie zur Vollendung hin und jage
die letzte Süße in den schweren Wein.

Wer jetzt kein Haus hat, baut sich keines mehr.
Wer jetzt allein ist, wird es lange bleiben,
wird wachen, lesen, lange Briefe schreiben
und wird in den Alleen hin und her
unruhig wandern, wenn die Blätter treiben.



Senioren: An die Urnen!

von Ulrich Schlüer, alt Nationalrat, Flaach ZH



Von 1995 bis 2011 am Parlamentsbetrieb beteiligt, dürstet es mich keineswegs nach zweiter Karriere in Bern. Meine Kandidatur ist Signal an die Senioren: Eure Stimme ist gefragt! Die Stimmen von allen Senioren! Setzt sie ein am 22. Oktober! Für unsere Nachkommen, für unsere Heimat, für die Schweiz!

Rot-Grün hat abgewirtschaftet: Allzu viele von ihnen haben noch nie auch nur einen einzigen Franken an ihren eigenen Lebensunterhalt verdient. Aber von den Leistungen anderer zehrend, führen sie das grosse Wort. Lautstark verhindern sie, dass die Absage von Volk und Ständen an die überbordende Masseneinwanderung endlich umgesetzt wird. Die Folgen sind verheerend: Der Schulunterricht bricht zusammen, den Spitälern droht der Kollaps, die Sozialhilfekosten explodieren, täglich erleben wir den Zusammenbruch des öffentlichen wie des privaten Verkehrs.

Und die Landschaft wird in einem Tempo zubetoniert, wie das keine Generation vor Rot-Grün in unserem Land je verschuldet hat. Sie aber predigen «Verdichtung» – und öffnen alle Grenztore sperrangelweit!

Demokratie und Gemeinde-Autonomie werden mit Füssen getreten. Funktionäre regieren. Überall. Zum Beispiel im Zürcher Unterland und im Weinland. Dort werden von der rot-grünen Baudirektion derzeit Kornfelder und Wiesen asphaltiert. Und schöne Dörfer von wahren Umleitungs-Orgien heimgesucht. Keineswegs für den Bau der seit Jahrzehnten versprochenen Umfahrung Eglisau. Nein, ein Kreislauf wird perfektioniert, auf dass sich Autolawinen

(täglich zehntausend Grenzgänger in beiden Richtungen!) noch viel rascher und verderblicher in die Dörfer ergiessen.

Unsinniger geht's wahrhaftig nicht! Und jede Mitsprache der Bevölkerung wird abgewürgt, ja verlacht. Niemand hat die Landschaft radikaler zerstört als Rot-Grün heute. Aber Verdichtung soll – jede Demokratie verachtend – weiteren Massen den Weg in die Schweiz öffnen.

Die Energieversorgung ist bedroht. Zürichs rot-grüner Baudirektor will jetzt 120 Windkraftwerke in die Landschaft stellen – an aller Demokratie vorbei. Dass jedes dieser Maxi-Windräder ein Fundament aus zweihundert Tonnen Beton benötigt – gegossen in Wälder, auf Äcker, auf Wiesen – verschweigt er. Nur die Städte bleiben davon verschont. Diese alles zerstörende Funktionärsdiktatur muss verschwinden! Ohne Verzug. Dafür müssen auch die Senioren ihre Wahlzettel nutzen – aus Verantwortung vor den Nachkommen, vor den Enkelinnen und Enkeln. Auch ihnen müssen Demokratie und Freiheit erhalten bleiben. Und lebenswerte Landschaften!

Senioren, auch Eure Wahlzettel gehören am 22. Oktober 2023 in die Wahlurnen. Schluss mit rot-grüner Bürokratie und Anmassung, Schluss mit rot-grüner Landschaftszerstörung. Allein die SVP kann die verderbliche, täglich von Rot-Grün angetriebene Masseneinwanderung endlich unterbinden.

Ulrich Schlüer ist im Kanton Zürich Spitzenkandidat auf der SVP-Liste Ü55, Liste 14

In den Ständerat:
Gregor Rutz
zusammen mit Regine Sauter

Liste 14



Wahlindex.ch
Ein richtiger Trafficbooster für Ihre Webseite & Kandidatur!

**Nationalratswahlen
Heisse Phase!**

Jetzt eintragen!
<https://wahlindex.ch/eintragen>

«Schweizerzeit»-Special

Fr. 69.– pro Monat exkl. MWSt.
**inkl. 300 Kopien und
Vor-Ort-Garantie**

**A3-Farbkopierer, -Scanner,
-Drucker und -Telefax**
inkl. Original-Einzug, 2 Kassetten,
Stapel-Einzug, Unterschrank, TOP-Qualität,
dank 1200 dpi, Duplex, Netzwerk, USB 2.0,
automat. Hefter, Air-Print, Super Touch-
Display, farbig

3 Jahre Vor-Ort-Garantie

OCotex AG – 041 799 50 00



Vielfältige *SCHWEIZERZEIT-* Leserschaft



hf. Er ist mir zum ersten Mal aufgefallen im Sommer 2019 am Wahlkampf-Auftakt der SVP Schweiz in der Gemeinde Sattel in seinem Heimatkanton Schwyz. Da stand er bodenständig und zugleich eloquent auf der Bühne, äusserte sich in flammenden Worten zur Lage der Schweiz und beschwor die Leute, ohne Wenn und Aber zu kämpfen für «e fryi, unabhängigi und sicheri Schwyz». Und das ungekünstelt, ohne ein Blatt Papier und aus tiefster Überzeugung. Und so ist er geblieben, bis auf den heutigen Tag – als Bergbauer, Familienvater, Nationalrat, Wahlkampfleiter und Bundesratskandidat. Letzteres hat er jedoch (bis auf Weiteres?) abgelehnt.

Marcel Dettling (marcel.dettling@parl.ch)



«Aufgewachsen bin ich in Oberiberg. Wir hatten einen typischen Bergbauernbetrieb. Mit Milchkühen und ganz viel Jungvieh, welches wir für die Talbauern aufgezogen haben. Auch die Schafhaltung hat auf unserem Betrieb eine lange Tradition. Bereits mein Grossvater, ein Viehhändler, hat Schafe gehalten. Und so kam es, dass er mir mit acht Jahren bereits eine Kuh geschenkt hat – eine riesige Überraschung für mich. So bekam ich schon früh grosse Freude an der Viehzucht. Bei dieser Kuh durfte ich schon damals entscheiden, mit welchem Stier sie gedeckt werden sollte. Die Kuh wurde sehr alt und brachte einige tolle Nachkommen zur Welt. Davon haben wir heute noch einige im Stall. Und so kam es, dass ich mit zwölf Jahren bereits dem Jungzüchterclub Schwyz beigetreten bin. Dieser entstand schweizweit ganz neu, und es sind daraus Freundschaften entstanden, die bis heute andauern.»

Interesse für Politik dank EWR und Blocher

In diesen Jahren wird auch Marcel Dettlings politisches Interesse geweckt. Den EWR-Abstimmungskampf habe er stets im Radio und im Fernsehen verfolgt. «Ich spürte: Hier leistet ein Mann fast Übermenschliches. Dank Christoph Blocher ist die Schweiz nicht in der EU, und dank ihm bin ich in der SVP.» Denn als im Jahre 1998 die Junge SVP Kanton Schwyz gegründet wird, ist ihm

klar: Hier will er mitmachen. Diese Partei kämpft wie keine andere für die Schweizer Werte und für die Unabhängigkeit. «Mein Vater hatte ein paar Jahre zuvor noch für die CVP kandidiert. Mittlerweile hat aber auch er begriffen, dass dieses Wischiwaschi unserem Land und unseren Kindern nichts bringt.»

Jungbauer übernimmt Verantwortung

Für Marcel Dettling ist es seit jeher klar, dass er den elterlichen Landwirtschaftsbetrieb übernehmen wird. Und so muss er sich entscheiden, wo er die Lehrjahre absolvieren will. Da seine beiden älteren Schwestern bereits in der Westschweiz sind, ist diese Region auch für ihn die richtige Wahl. In der Nähe von Yverdon findet er einen Lehrbetrieb, der Braunvieh hält und damit die für Marcel zentrale Voraussetzung erfüllt. «Da der Lehrbetrieb so weit weg von zuhause war, wollte ich wenigstens zu braunen Kühen schauen.»

«Im Lehrjahr habe ich dann schnell bemerkt, dass Christoph Blocher und die SVP in der Westschweiz (noch) nicht ein derart grosses Ansehen genossen wie bei mir. Der Lehrmeister fand es nicht gut, dass wir den EWR-Vertrag abgelehnt hatten. Und so politisierten wir hie und da am Mittagstisch. Da ich politisch sehr interessiert war, habe ich mir natürlich auch die Tageszeitung aus der Heimat schicken lassen. Schliesslich wollte ich immer auf dem aktuellen Stand sein. Spannend war auch der Umstand, dass mein damaliger Lehrer in der landwirtschaftlichen Schule der spätere Nationalrat Jean-Pierre Grin war. Und so trafen wir uns 18 Jahre später wieder in Bern.»

Nach der Lehre darf Marcel mit jungen 21 Jahren den elterlichen Betrieb übernehmen. Da sein Vater ein gutes Job-Angebot bei «Braunvieh Schweiz» erhält, kann der Junglandwirt schon früh seine Pläne umsetzen. Mit 23 Jahren ersetzt er den sehr alten Stall durch einen Neubau. Dadurch kann die Arbeit auf dem Hof stark erleichtert werden. Daneben räumt er jeweils in den Wintermonaten (schon seit dem zwölften Lebensjahr) im Pistenrestaurant im Hoch-Ybrig Tische ab und fungiert als Tellerwäscher. «Dort habe ich auch weitergearbeitet, als ich den Landwirtschaftsbetrieb übernommen hatte. Zwischendurch arbeitete ich auch noch an einer Schneebar, bis ich schliesslich zu den Bergbahnen gewechselt habe, wo ich auch heute noch tätig bin. Der Kontakt mit den Menschen

war mir immer sehr wichtig. Der Tourismus hat uns das in den Bergen schon früh ermöglicht. Dieser Kontakt ist mir auch heute noch wichtig, deshalb habe ich diesen Job auch beibehalten, als ich in den Nationalrat gewählt wurde. Am liebsten bin ich draussen auf dem Parkplatz und begrüsse die Wintertouristen bei uns im Hoch-Ybrig.»

Politischer Werdegang

Im Winter 2006 erhält er einen Telefonanruf der umtriebigen JSVP-Präsidentin Monika Lienert. Sie fragt ihn, ob er bei den Nationalratswahlen mitmache für die Junge SVP. Nach einem Treffen, wo alle Details geklärt werden, sagt er zu. Es folgt ein sehr intensiver Wahlkampf. «Von Juni bis Oktober 2007 waren wir praktisch jedes Wochenende unterwegs. Vielfach mit Ross und Wagen. Das war unser damaliges Markenzeichen. Mit Ross und Wagen – beschriftet mit unserm Logo – zogen wir so durch die Dörfer und verteilten unsere Flyer mit einem Apfel. Immer gekleidet mit einem roten T-Shirt mit Schweizer Kreuz.» Logischerweise reicht es nicht für einen Sitz, die SVP kann sich jedoch mit der «jungen Unterstützung» den zweiten Nationalratssitz sichern, den die Partei 2003 errungen hat. Mit dem Schwung aus den Nationalratswahlen startet Marcel Dettling dann 2008 in die Kantonsratswahlen, jedoch als «totaler Underdog». Der haushohe Favorit ist der ehemalige Säckelmeister der Gemeinde, er sitzt im Genossenrat, ist im Tourismus sehr aktiv. Die Wahlfeier für ihn ist bereits organisiert.

«Aber abgerechnet wird immer am Schluss. Und so kam es, dass nicht der Favorit Kantonsrat wurde, sondern zur Überraschung vieler ich. Mit 27 Jahren durfte ich so für meine Gemeinde im Hauptort Schwyz politisieren. Plötzlich musste ich mich um angemessene Kleider kümmern. Ein Anzug war in meinem damaligen Kleiderschrank nicht zu finden. Die Stallstiefel musste ich mit Anzugschuhen tauschen, was eine rechte Umstellung war. Mein erster Sitznachbar im Ratssaal war André Rüeeggsegger. Er ist heute Regierungsrat im Kanton Schwyz. Als ich dann im Jahr 2010 geheiratet habe und wir 2011 das erste Mal und in den Jahren 2013 und 2014 zum zweiten und dritten Mal Eltern wurden, war mir klar, dass ich das Amt als Kantonsrat nicht weiterführen würde. Denn die Familie war mir sehr wichtig. Schliesslich sind die Kinder nur einmal klein.»

Von Schwyz nach Bern

Im Jahr 2014 meldet sich dann aber plötzlich Peter Föhn per Telefon und fragt, ob er vorbeikommen dürfe. Und so empfängt die junge Familie den damaligen Ständerat zu Hause. Sein Anliegen ist schnell offenbart: «Für die Nationalratswahlen brauchen wir noch jemanden auf der Liste – einen Listenfüller!» Nach einigem Zögern sagt Marcel Dettling schliesslich zu. Dies in der Meinung, der kurze Wahlkampf-Einsatz sei tragbar und nach dem Wahltag könne er dann kürzer treten. Denn die Schwyzer SVP hatte im Jahr 2011 den zweiten Nationalratssitz verloren, und alle Bisherigen kandidierten 2015 wieder. So war es klar, dass alle ausser Pirmin Schwander nur Listenfüller waren.



«Darum habe ich keine Minute verloren, darüber nachzudenken, wie das wohl wäre als Nationalrat. Und so ging ich dann am Wahltag auch zuerst an die Oberallmeindsgemeinde, welche im Ring zu Ibach stattfindet und traditionell dort ausgetragen wird. Plötzlich kam während der Versammlung jemand zu mir und sagte, ich müsse dringend ins Kollegi Schwyz, wo die Resultate entgegenommen wurden. Die SVP habe den zweiten Sitz auf sicher. Die Frage sei nur noch, ob Xaver Schuler oder ich den Sitz erhalten würden. Und so kam es, dass um 17.30 Uhr plötzlich mein Name ausgerufen wurde. Statt die politische Karriere zu beenden, hatte sie soeben erst richtig begonnen.»

In der Tat: Sie hatte erst richtig begonnen. Und Marcel Dettling ist ohne Zweifel ein Glücksfall für die SVP – und für die Schweiz!

Hans Fehr

Die Schweizerzeit-Agenda

Sonntag, 1. Oktober 2023, 10.45 Uhr

SVP bi de Lüt

Erntedankfest mit Referat von NR Magdalena Martullo-Blocher (SVP/GR)
Gemeindehausplatz Valchava, 7535 Valchava/GR

Montag, 2. Oktober 2023, 19.30 Uhr

SVP bi de Lüt

Öffentlicher Anlass mit Referaten von NR Bruno Walliser, NR Roger Köppel und NR Benjamin Fischer
Gemeindesaal, Schwerzenbachstrasse 10, 8117 Fällanden/ZH

Mittwoch, 4. Oktober 2023, 18.30 Uhr

Toggenburger Lachfestival

«Nichts für schwache Lachnerven»: Esther Friedli präsentiert die Komiker Cony Sutter, Fredy Schär und Kiko. Vorab wird ein 3-Gang-Menü serviert. Kosten Fr. 78.– (ohne Getränke); Frühzeitige Anmeldung erwünscht: info@hausderfreiheit.ch
Landgasthof Sonne, Haus der Freiheit, Wintersberg, 9642 Ebnat-Kappel/SG

Freitag, 6. Oktober 2023

Tagesausflug in die Schweizergeschichte

Birr AG – Dorneck – Basel – Mülhausen – Bad Schinznach
Führung: Jürg Stüssi-Lauterburg; Begleitung: Ulrich Schlüer
Anmeldung an: Schweizerzeit, 8416 Flaach/ZH, Telefon 052 301 31 00,
E-Mail: info@schweizerzeit.ch

Büchertisch

BESTSELLER



Angriff auf unser Bargeld

Warum ein Bargeldverbot vorbereitet wird, wer davon profitiert und wie Sie Ihr Vermögen davor schützen

Michael Brückner

Anstrengungen zu umfassendem Bargeldverbot sind innerhalb der EU im Gange. Darüber orientiert die Neuerscheinung von Michael Brückner – mit einem Plädoyer für Bargeld und freie, von der Obrigkeit nicht einsehbare Geldnutzung durch jeden Einzelnen.

Kopp, Rottenburg 2023, 208 S., geb., ill., (Richtpreis Fr. 27.90)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 25.10



Die Schweiz ist anders

oder sie ist keine Schweiz mehr

Paul Widmer

Der ehemalige Botschafter Paul Widmer zeigt in einer gut hundertseitigen Broschüre prägnant, eindrücklich und zeitlos, was die Schweiz ausmacht und wie die Schweiz zu einem eigenen Staat eigenständigen Charakters geworden ist – geprägt auch von seiner Neutralität.

NZZ Libro/Schwabe, Basel 2023, 128 S., brosch., (Richtpreis Fr. 24.–)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 21.60



Wenn alles reisst – hält die Schweiz?

Krieg, Euro, Migration, Schulden, Inflation, Aufruhr, Geopolitik

Beat Kappeler

Der Autor nimmt profiliert Stellung zu den wichtigsten Herausforderungen, welche die Schweiz um ihres eigenständigen Überlebens willen zu bewältigen hat. Bisher gelang dies der Schweiz auf dem Fundament von Freiheit und Selbstverantwortung gut. Das Buch mündet in die Frage: Hat auch die heute bestimmende Generation den Willen und die Kraft zur Eigenständigkeit?

Stämpfli, Bern 2023, 127 S., geb., (Richtpreis Fr. 29.00)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 26.10

AKTUELL



Demokratie mit Zukunft

Die Erschaffung der modernen Schweiz

Thomas Lötscher

Das Werk zum Jubiläumsjahr «175 Jahre Schweizer Bundesverfassung». Die Erschaffer der Bundesverfassung werden porträtiert. Die Wirkung der Durchsetzung einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung im funktionierenden Rechtsstaat wird ausführlich beleuchtet und kommentiert. Eine Mahnung, dass jede Generation Freiheit und Demokratie, Fundament des Schweizer Wohlstands, immer wieder neu bestätigen muss.

Weber, Thun/Gwatt 2022, 156 S., geb., (Richtpreis Fr. 29.–)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 26.10



George Soros' Krieg

Wie die Open Society Foundations die Welt an den Rand des Dritten Weltkriegs gebracht haben

Collin McMahon

Dass George Soros mit den ihm zur Verfügung stehenden Milliarden markant eingreift ins politische Geschehen, wird eigentlich kaum bestritten. Wer dies festhält wird freilich allzu rasch als «Weltverschwörer» diffamiert. Man muss das Original lesen, auf dass man sachgerecht urteilen kann.

Kopp, Rottenburg 2023, 367 S., geb., (Richtpreis Fr. 34.50)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 31.05



Ich habe mitgemacht

Das Archiv des Corona-Unrechts

Burkhard Müller-Ullrich

Das Buch präsentiert eine sorgfältig zusammengestellte Abfolge aller Erlasse und vieler Stellungnahmen zur Corona-Pandemie. Die Dokumentation befördert viel Fragliches – aber auch später als lügenhaft Entlarvtes ans Tageslicht. Eine Kontrafunk-Dokumentation: Beachten Sie auch das Inserat auf der letzten Seite der heutigen Schweizerzeit.

Kontrafunk-Edition, Steckborn 2023, 540 S., Taschenbuch, brosch., (Richtpreis Fr.44.00) Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 39.60

Die Schweizerzeit liefert Ihnen sämtliche Bücher deutlich günstiger als zu den vorgegebenen Richtpreisen. Erfüllen Sie sich doch all Ihre Bücherwünsche via Schweizerzeit-Bücherdienst.

HEIMAT



Das Bundesratslexikon

Urs Altermatt

Das aktualisierte Standardwerk präsentiert Kurzbiographien sämtlicher je der Schweizer Landesregierung als Bundesräte angehörender Persönlichkeiten. Ihre Leistungen und deren Auswirkungen werden kurz und

prägnant vorgestellt. Zu den eben erst zurückgetretenen, beziehungsweise noch regierenden Mitgliedern der Landesregierung beschränkt sich die Darstellung auf wenige Stichworte. Wer über früher regierende Bundesräte Bescheid wissen will, findet in diesem Lexikon alles Wissenswerte.

NZZ Libro, Basel 2019, 759 S., geb., ill., (Richtpreis Fr. 98.–)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 88.20

BUCHZEICHEN



Bundesrat Maurer spricht

Reden von Bundesrat Ueli Maurer aus den Jahren 2009–2015

Herausgeber: Matthias Müller, Hans Luginbühl
Einleitung: Jürg Stüssi-Lauterburg

Das Buch ist nicht neu. Aber die darin aus Ueli Maurers Reden festgehaltenen Auszüge sind – besonders im jetzigen Wahlkampf – von ungebrochener, ja brennender Aktualität. Ueli Maurer, Opponent im Bundesrat, tief verbunden mit der Öffentlichkeit, spricht Wahrheiten zu Tatsachen aus, die zumindest all jene Menschen bewegen, die mit Sorge – Folge der ungezügelter Masseneinwanderung – den stattfindenden Niedergang der Schweiz und mancher ihrer Institutionen höchst beunruhigt verfolgen. Sie finden in diesem Buch Standpunkte, die wegweisenden Charakter haben.

Merker im Effingerhof, Lenzburg 2016, 238 S., geb., (Richtpreis Fr. 59.–)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 53.10

Bestellschein

Schweizerzeit

Bestseller

- Michael Brückner – Angriff auf unser Bargeld **à Fr. 25.10**
 Paul Widmer – Die Schweiz ist anders **à Fr. 21.60**
 Beat Kappeler – Wenn alles reisst – hält ... **à Fr. 26.10**

Aktuell

- Thomas Lötscher – Demokratie mit Zukunft **à Fr. 26.10**
 Collin McMahon – George Soros' Krieg **à Fr. 31.05**
 Burkhard Müller-Ullrich – Ich habe mitgemacht **à Fr. 39.60**

Heimat

- Urs Altermatt – Das Bundesratslexikon **à Fr. 88.20**

Buchzeichen

- M. Müller, H. Luginbühl – Bundesrat Maurer spricht **à Fr. 53.10**

Bestellung an:

Schweizerzeit-Bücherdienst, Postfach 54, 8416 Flaach
Tel. 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03, buechertisch@schweizerzeit.ch

Der Schweizerzeit-Bücherdienst kann Ihnen jedes vom Buchhandel lieferbare Buch vermitteln. Die Versandkosten für Sendungen bis Fr. 100.– betragen Fr. 9.–, Sendungen über Fr. 100.– sind versandkostenfrei.

(18/29.09.2023)

Name/Vorname _____

Strasse/Nr. _____

PLZ/Ort _____

Tel.-Nr. _____

Datum _____

Unterschrift _____



Ein Dokument zum Aufheben

Die unsäglichen Äußerungen der willigen Vollstrecker staatlicher Willkür

Ich-habe-mitgemacht... Das Archiv des Corona-Unrechts
Ausgedruckt auf 550 Seiten, herausgegeben von Burkhard Müller-Ullrich

44,00 € / CHF Direkt bestellen unter:
ISBN 978-3-9525739-0-7 shop.kontrafunk.radio

Die Webseite „ich-habe-mitgemacht.de“ wurde nach zwei Jahren Corona-Unrecht gegründet, um verschiedene Formen des Zivilisationsbruchs für die Nachwelt festzuhalten. Als das amtliche Lügen-Narrativ zu bröckeln begann und absehbar wurde, daß die Täter jegliche Beteiligung abstreiten werden und den Mantel des Schweigens darüber ausbreiten wollen, galt es, Beweisstücke zu sammeln, zu sichten und zu sichern.

Aus einer Privatinitiative entstand so ein zivilgesellschaftliches Medienprojekt ohne jegliche Verbindung zu irgendeiner politischen Partei oder Gruppierung. Die Kontrafunk AG in der Schweiz unterstützte die Arbeit durch technische Infrastruktur und sorgte für die kontinuierliche Erreichbarkeit der Webseite, deren Textgehalt im vorliegenden Buch dokumentiert wird.



Das neue Radio für Meinungsfreiheit und lebendigen Pluralismus.
www.kontrafunk.radio oder in der App



Erstverkauf:
7. September 2023

Die nächste Schweizerzeit
erscheint am

6. Oktober 2023

Berg-Karabach in Not

In der kaukasischen Region Nagorni Karabach (Berg-Karabach) ereignet sich eine völkerrechtliche Katastrophe. Seit neun Monaten blockiert Aserbaidschan den Latschin-Korridor, die einzige Verbindungsstrasse zwischen Berg-Karabachs Hauptstadt Stepanakert und der Aussenwelt. Die Karabach-Armenier drohen zu verhungern – und als wäre das Unheil noch nicht verheerend genug, hat Aserbaidschan am 19. September 2023 auch noch einen gross angelegten militärischen Angriff auf Berg-Karabach gestartet.

Wie so häufig berichten unsere Medien erst, wenn die Lage eskaliert ist. Dabei warnen Menschenrechtsorganisationen wie Christian Solidarity International (CSI) schon lange, dass die Blockade Berg-Karabachs den Anfang eines Völkermords bedeutet. Nun sind die Vorräte der 120'000 Einwohner Berg-Karabachs aufgebraucht, bereits wurden erste Hungertote registriert. In Stepanakert sind Mehl, Gas und Diesel genauso Mangelware wie Strom und Medikamente. Seit dem Militärangriff flüchten Tausende verzweifelt nach Armenien.

Worum geht es in diesem Konflikt eigentlich? Im September 1991 hat sich das von christlichen Armeniern bewohnte Berg-Karabach nach den Regeln des Völkerrechts von der Sowjetunion und somit auch von Aserbaidschan getrennt. Das

muslimische Aserbaidschan, auf dessen Territorium sich Berg-Karabach befindet, akzeptiert das Selbstbestimmungsrecht der Karabach-Armenier jedoch nicht. Immer wieder kommt es zu militärischen Auseinandersetzungen, die Armenier befürchten Vertreibung und ethnische Säuberung.

Die Schweiz ist ja bekanntlich seit Kurzem Mitglied des Uno-Sicherheitsrates. Die bewaffnete Neutralität ist vielen Funktionären ein Dorn im Auge, zu allen möglichen Themen gibt die offizielle Schweiz «ihren Senf» ab. Nur beim Berg-Karabach-Konflikt, wo Vertreibung und Vernichtung der christlichen Karabach-Armenier drohen, drückt sich die Schweiz vor der Verantwortung. So hat sie es verpasst, an der Sitzung vom 21. September Aserbaidschan zur Achtung des Völkerrechts zu bewegen.

Einfach nur widerlich und scheinheilig ist das Verhalten der Migros. Sie erinnern sich: Wegen einer anonymen Beschwerde auf Twitter hat der Konzern 2020 beschlossen, den «Mohrenkopf» aus den Regalen zu nehmen. An einer Zusammenarbeit mit dem aserbaidshianischen Ölkonzern SOCAR (via Migrolino) hält die Migros allerdings trotz lauter Proteste bis heute fest. Mohrenkopf Nein, Blutgeld Ja – Migros, schäme Dich!

Anian Liebrand

Schweizerzeit

Impressum

Herausgeberin: «Schweizerzeit» Verlags AG,
8416 Flaach, PC-Konto 84-3870-9
IBAN: CH95 0900 0000 8400 3870 9
BIC: POFICHBEXXX

Verlagsleitung: Ulrich Schlüer

Veranstaltungen: Elisabeth Liebi

Redaktion: Postfach 54, 8416 Flaach

Telefon: 052 301 31 00

Telefax: 052 301 31 03

redaktion@schweizerzeit.ch

www.schweizerzeit.ch

Leitung: Ulrich Schlüer, Hans Fehr

Mitarbeiter: Samuel Balsiger, Karl Eckstein, Patrick Freudiger, Thomas Fuchs, Alex Grendelmeier, Tis Hagmann, Hermann Lei, Anian Liebrand, Markus Melzl, Mihajlo Mrakic, Charly Pichler, Thorsten Polleit, Isabel Villalon

Inserate: Markus Rezzonico, 079 332 61 61

Layout, Druck: Dietschi Print&Design AG,
Ziegelfeldstrasse 60, 4601 Olten,
T 062 205 75 75, info@dietschi.ch

Finanzen, Organisation: Cornelia Rick

Einzelpreis: CHF 4.–, erscheint 14-täglich

Jahresabonnement: mind. CHF / EUR 80.–

Schluss
Punkt